

Die „Volkswacht“ erscheint wöchentlich 4 Mal und ist durch die Expedition, Neue Wapenstr. 1/8, und durch Buchhandlungen zu beziehen. Preis vierteljährlich 2.50, pro Woche 60 Pf. Durch die Post bezogen 2.75, frei ins Haus 2.90, wo keine Post am Orte 3.30.

# Volkswacht

für Schlessen, Posen und die Nachbargebiete.

## Organ für die werktätige Bevölkerung.

Mit der illustrierten Beilage „Die neue Welt“.

Beilage: „Die neue Welt“ enthält die neuesten Nachrichten aus dem Ausland und ist für die Arbeiterklasse von besonderem Interesse. Preis vierteljährlich 1.50, pro Woche 40 Pf.

Telephon Nr. 1206.

Telephon Nr. 1206.

Nr. 258.

Donnerabend, den 4. November 1905.

16. Jahrgang.

### Die österreichische Bruderpartei.

Vom Siebel des Arbeiterheims in Wien-Favoriten wehen zwei rote Banner herab. Sie sind das Zeichen, daß hier der Gesamtparteitag der österreichischen Sozialdemokratie seine Verhandlungen abhält, die diesmal in erster Linie dem Kampfe um das allgemeine Wahlrecht gelten werden. An zweihundert Delegierte haben sich als Vertreter aller Nationalitäten Oesterreichs versammelt: Deutsche, Tschechen, Polen, Italiener, Slowenen und Ruthenen. Alle Mitglieder der sozialdemokratischen Reichsratsfraktion sind erschienen. Die Arbeiterinnen sind durch zwölf Frauen vertreten. Die deutsche Sozialdemokratie hat Hermann Moskowitz, die ungarländische Buchinger aus Budapest, die sozialdemokratische Partei Rußisch-Polens Genossen Bronski entsandt. Wir sind naturgemäß nicht über alle Verhandlungen dieses Parteitagess berichten, aber schon die Eröffnungssitzungen, deren Verlauf wir im folgenden schildern, geben ein vollständiges Bild von dem Geiste, der unsere Bruderpartei befeuert.

#### Genosse Dr. Adler

gedachte in seiner Begrüßungsansprache des heldenmütigen Kampfes der russischen Revolution. „Wir können der russischen Revolution nicht helfen, aber wir können in unserem Lande auf unsere Arbeit für unser Volk, für unser Proletariat, in unserer Kampfweise und mit unseren Kampfmitteln alles tun, um einigermassen mit Ehren vor jenen Helden und Märtyrern zu bestehen. Wägen sie ihre Aufgabe. Beschreiben wir uns, der uns zu dienen. Und wenn wir einen Wunsch für uns selber haben, so ist es der, daß es diesem Parteitage vorgemittelt werden möge, die Rechte dieser Arbeiterklasse, die unter dem Joch dieses Oesterreichs aus tausend Wunden blutet, einmal in einem Moment, der unverwundbar ist, zusammenzufassen zu einem festen, entscheidenden Schloße. (Lebhafte Beifall.) Jetzt ist der Moment, wo wir das ganze Proletariat förmlich entgegennehmen: Jetzt vorwärts! Rührt uns zum Kampfe. (Stürmischer Beifall.)“

Zu Vorsitzenden wurden Tomšič-Wien und Nemec-Brno (Tscheche) gewählt, zu Beisitzern für die ungarischen Nationen Dr. Diamand-Lemberg (Polen), Pittioni-Triest (Italiener), Kapac-Triest (Slowene) und Dr. Karossiwitsch (Ruthene). Auf der Tagesordnung steht außer den Berichten der Funktionäre: „Die österreichische Krise und das Wahlrecht“; „Der Generalstreik“ und „Der Militarismus“.

Montag um 10 Uhr eröffnete Tomšič die Verhandlungen, gedachte der Toten, zu deren Ehren sich der Parteitag erhob, und begrüßte die Gäste.

#### Reichstagsabgeordneter Moskowitz-Berlin

erwidert diesen Gruß mit einer Ansprache, in der er auf die engen Bande zwischen deutscher und österreichischer Sozialdemokratie hinweist. „Wir sind“, so sagt er, „Blut von einem Blute, und nur auseinandergerissen durch die Politik der herrschenden Klasse. Aber trotz des Mißes von 1866 fühlt sich das Proletariat so einzig wie vorher. Seit 1866 hat die kapitalistische Entwicklung in keinem Lande Europas so rasche

Fortritte gemacht, wie in Preußen-Deutschland. Hilft Bismarck hat einmal offen gesagt: Wir müssen Millionen näre züchten! Diese Millionärzucht hat er meistens verstanden, aber es haben sich daraus Zustände entwickelt, die allmählich selbst für die Herrschenden bedenklich zu werden beginnen. Das „soziale Königtum“ hat Bismarck gemacht gegenüber dem kapitalistischen Königtum, das sich mit außerordentlicher Schnelligkeit entwickelte. Die kapitalistische Entwicklung wird bald den Punkt erreicht haben, wo alle ihre Hilfsmittel erschöpft sind. In entscheidenden Branchen, in der Kohlen-, in der Eisenindustrie ist die freie Konkurrenz, die Grundlage der bürgerlichen Gesellschaft, bereits zerstört. In einem solchen Momente kommt nun ein Anlauf, diese industrielle Entwicklung wieder zurückzubringen, jene junkerliche Agrarpolitik, die den direkten Joch verfolgt, die Industrie-Verfallung zu bestimieren. Hand in Hand damit gehen die Versuche: die Rechte der Arbeiter zu verkürzen, das allgemeine Wahlrecht zu beseitigen und das Koalitionsrecht zu rauben. War doch die Einleitung zur junkerlichen Sozialkampagne die Zuchtshausvorlage! Dieser Versuch ist allerdings an der Wachtlampe der Arbeiter gescheitert. Aber jetzt wird jeder kleine Streik zu einer Auspöhrung benutzt, um die Kräfte der Organisationsarbeit zu legen. In dieser Lage, in der sich die deutschen Arbeiter befinden kommen ihnen die Brüder in Oesterreich und Rußland zu Hilfe. Der Stoß, der hier geführt wird, trifft nicht nur den Zarismus, sondern auch die Besten des Sozialismus in Deutschland. Das Wort Freiheit! Ein Eräftiger Schlag im Norden, das ist auch im Süden ein Schlag.“ gilt auch hier. Siegt das allgemeine Wahlrecht in Ungarn und in Oesterreich, dann ist auch den Wahlrechtsfeinden in Deutschland die Waffe aus der Hand genommen. (Waboi!) So nehmen wir den größten Anteil an Ihrem Kampfe; Ihr Sieg ist auch unser Sieg! Die kapitalistische Entwicklung schafft auch die Kräfte, die zur Verbrüderung der Völker, zur Beseitigung des Klassenkampfes führen. Noch immer sind neue Kämpfe mit der Kriegsgefahr begründet worden. Die Diplomaten spielen mit der Wunde am Pulverfaß. Aber dies freventliche Spiel mit dem Glück der Völker ist nur so lange möglich, als die Völker sich führen lassen. (Lebhafte Zustimmung.) Das Weltrecht hat wieder ein Weisungsmittel im Gefolge. Die Staaten Europas haben so bereits über 1000 Milliarden Schulden gemacht, und ihre Völker sind dem Kapital tributpflichtig geworden. Von dem Gipfel des Militarismus können die Völker nur durch die Sozialdemokratie erlöst werden. So begrüßen wir auch aus diesem Grunde den Kampf, den Sie führen. Sie stehen jetzt auf der ersten Stufe, das Wahlrecht zu erobern. Mit seiner Hilfe wird Ihre Bewegung immer mächtiger werden. Das Wahlrecht bietet auch die Mittel, die Lage der Arbeiterklasse zu verbessern. Und jede Verbesserung dieser Lage in einem Lande, ist auch eine Verbesserung für die anderen Länder; denn das Land, wo die Arbeiter am schlechtesten gestellt sind, ist ein Reservoir für den Mehrverwünder der Kapitalisten anderer Länder. So ist jeder Fortschritt, den Sie erringen, ein Fortschritt auch für uns. Und deshalb rufe ich: Glück auf zum Kampfe! Glück auf zum Siege! (Lebhafte Beifall.)

#### Buchinger-Budapest

überbringt die Grüße der ungarländischen Sozialdemokratie. (Waboi!) Er gibt den Gefühlen Ausdruck, von denen die ungarische Sozialdemokratie befeuert ist: Kampf bis aufs Messer der Magnaten-Eliten! Sollten die Intrigen dieser Bande wieder gelingen, nun, so werden sie erfahren, was Volkszorn ist! (Lebhafte Beifall.)

Darauf nimmt, von stürmischen Beifall begrüßt, der Vertreter der Sozialdemokratie Rußisch-Polens, Bronski, das Wort: Aus einem Lande der Knechtschaft, wo der Sozial in der Fabrik ebenso unerlässlich ist, wie Dampfmaschinen und Kohlen, wo die Arbeitermegeleiten zu einer staatlichen Institution geworden sind, komme ich in ein relativ freies Land (Oesterreich) als Vertreter des polnischen und jüdischen Proletariats Rußisch-Polens. Es ist unsere tiefe Ueberzeugung, daß der Kampf, der in Oesterreich und Ungarn jetzt begonnen hat, u. s. f. eine Sache ist. Wenn Ihr dazu kommt, das alte Oesterreich zu demokratisieren, dann fällt auch eine der Wände, die uns von der Freiheit, von der Kultur, vom sozialen Fortschritt trennt. Auch wir haben — wie Ihr — verschiedene Nationalitäten unter uns: neben den Polen Juden, Slowaken, Weißrussen und Deutsche. Für die Deutschen haben wir jetzt in Lodz ein Blatt gegründet: den „Deutschen Arbeiter.“ (Waboi!) Alle unsere Nationen sind jetzt zusammengeschnürt zu einem Kampf um Leben und Tod im wörtlichen Sinne, zu einem Kampfe, wo man Augen mit Augen wechselt. (Stürmischer Beifall.) In diesem Jahre haben wir bereits fünf Mal Massenstreiks gehabt, von 200,000 bis 400,000 Arbeiter auf die Straße gegangen sind — nicht tagelang, sondern wochenlang. An Hilfe, auch an materielle, aus dem Auslande fehlte es uns nicht. Diese Unterstützung ist viel besser ausgefallen, als die französische Hilfe für den russischen Sozialismus. (Lebhafte Zustimmung.) Ich weise darauf hin, weil von verschiedenen Seiten behauptet wird, wir setzten keine Sozialdemokraten. Man sieht sich dabei darauf, daß wir nicht nur die russische, sondern auch die polnische Republik wollen. Lesen Sie unser Programm: es ist identisch mit dem Programm der Sozialdemokratien aller Länder. Wägen Sie auf unsere Tätigkeit, unsern Rufes folgt das Proletariat. Hand in Hand mit uns geht die galizische Sozialdemokratie. Wir sind gewiß, daß wir unser Ziel erreichen werden. Wenn auch Tausende fallen, das Licht einer besseren Zeit leuchtet schon herauf. Schon meißt der Feind, daß seine Tage gezählt sind, mit Schein-Konzeptionen möchte er das Volk beschwichtigen. Aber wir werden diese Schein-Konzeptionen in wirksame Konzeptionen verwandeln. Da tut mir die kampfesfrohe Luft gut, die ich hier atme. Wirt, kämpft weiter, dann werden wir noch neben einem freien Oesterreich ein freies Rußland und ein freies Polen erleben. (Stürmischer Beifall.)

Zum Höhepunkt erhob sich die Begeisterung der Genossen, als aus Rußland die Nachricht entließ, daß der Zarismus wieder einen Schritt zurückgeworfen ist und eine Verfassung versprochen habe. Stehend hörten die Delegierten die Vorlesung des Manifestes an, um dann gemeinsam den Gesang polnischer und deutscher Revolutionslieder anzustimmen. Nach kurzer Debatte ward beschlossen, noch am selben Abend große Demonstrationen für das allgemeine Wahlrecht in Oesterreich anzusetzen. Und zwei Stunden später standen zehntausende von Arbeitern vor dem Residenzschloß Franz Josefs, der Hofburg, und verlangten in stürmischen Rufes das allgemeine Wahlrecht. Dann zogen die Massen vor das Parlament und veranstalteten auf dem großen Platze vor dem Parlament Versammlungen unter freiem Himmel, in denen Reden in allen Sprachen der Völker Oesterreichs gehalten wurden. Gleichzeitig versammelten sich

### Stefan vom Grillenhof.

Roman von M. Kautsky.

31 (Nachdruck verboten.)

Er ersah wieder ihre Hand und sie gingen weiter in den Wald hinein. Sie glaubte zu bemerken, wie er den Arm hoch über sie erhoben hielt, um sie vor den herabfallenden Ästen zu schützen. Jetzt erblühte sie die rot erleuchteten Fenster der Försterei. Es schien dort alles in Bewegung zu sein. Gleich darauf trat aus der geöffneten Tür der Ton verschiedener Stimmen.

„Das ist mein Vater!“ rief Valerie entzückt. „O, nun ist alles gut, — kommen Sie, Herr Stefan, ich will Sie ihm so gleich vorstellen, er soll Ihnen danken.“ „Erlauben Sie mir das, Fräulein, es würde mich nur in Verlegenheit bringen; übrigens möchte ich mich nicht gerne länger aufhalten, mein Freund erwartet mich; aber sehen möchte ich noch einmal das Mädchen, das ich in meinen Arm getragen!“ Er zog sie bei diesen Worten rasch in den Lichtkreis des Fensters und blickte einen Augenblick in das schöne, aber fastungslose Antlitz des jungen Mädchens. „Leben Sie wohl!“ sagte er dann mit einem fröhlichen Nicken, und nachdem er die kleine Hand nochmals in zärtlich berder Weise gedrückt, war er mit einem Sprung in dem zarten Gebüsch und ihren Augen verschwunden. Sie regnete sich an das Fenster, wie ermatet, und sah in dem Dunkel ihm nach. „Das war also Stefan!“

Im Hause wurden abermals Stimmen laut. Sie hörte, wie ihr Vater und Hans einen dritten drängten, sich zu begeben, und wie dieser, wahrscheinlich ein Knecht, gleichmütig antwortete: „Ich kann nicht geschwinde, die satirische Latern“ will nicht brennen.“ Jetzt trat ihr Vater vor das Haus und Hans folgte ihm.

„Wenn wir das arme, gute Kind nur noch an Ort und Stelle finden“, jammerte Tiefenbach.

„Ich weiß es nicht“, sagte Hans. „Ich hatte ihr vorhergesagt, so gleich zurück zu sein, und nun ist mit all diesen Vorbereitungen eine so lange Zeit verstrichen.“

„Papa, da bin ich!“ rief jetzt Valerie und sprang ihrem Vater entgegen und fiel ihm um den Hals.

„Kind, Gott sei Dank, da bist Du ja, aber — Du kamst doch nicht allein?“

„Ganz allein, Papa.“

„Gernoll, Du unvorsichtige Kind!“

„Fräulein Valerie“, rief Hans ganz entsetzt, „das war Vollständigkeit!“

Jetzt erschien auch der General auf der Schwelle. Er war mit dem Hauptmann nach dem Förstlerhause gekommen, um hier vor dem Unwetter Schutz zu suchen, sie waren mit Hans fast gleichzeitig eingetroffen. „Waboi, Kleine!“ rief er. „Das Mädchen lob ich mir, das ist ein echtes Soldatenkind!“

Einige Tage später war Hauptmann Tiefenbach und Gemahlin nach Hohenwang zum Diner geladen. Für den Abend war eine Whistpartie verabredet. Valerie war allein zu Hause. Sie sah am Fenster und sah auf die Straße. Sie langweilte sich. Auf dieser Straße gab es auch gar nichts zu sehen; während der heißen Tageszeit wagte sich schier niemand aus den Häusern. Sie fand, daß Sechserchen das langweiligste Spiel auf der Welt ist. Lindau erschien ihr viel hübscher, und namentlich viel interessanter, schon des Ouleis wegen, und sie dachte nur mit einem Seufzer daran, daß ihr jeder weitere Besuch bei ihm streng verboten war. Mama war entsetzlich aufgebracht gegen den Onkel, sie hatte es mit allen Eiden geschworen, daß weder sie noch Valerie jemals wieder einen Fuß über die Schwelle dieses Churfürsten setzen sollten, und selbst Papa sprach nicht in sehr freundlichen Ausdrücken von ihm, und er hatte Valerie ernstlich gewarnt, ihre Schritte gen Lindau zu wenden. Der Weg dahin wäre allzu gefährlich. Valerie mußte heimlich lächeln, als sie jetzt wieder daran dachte. Gefährlich war er allerdings, dieser Weg und was würden ihre Eltern erst gesagt haben, wenn sie alles gewußt, wenn Valerie ihre Abenteuer eingestanden? Aber sie hatte sich wohl gebüht, und sie wünschte nichts lebhafter, als daß dies Zusammenreffen im Walde für immer ein Geheimnis bleibe zwischen ihr und ihm. Und wieder trat das schöne Bild des blonden Seraphs vor ihre Seele, und sie schloß die Augen, um es sich deutlich und deutlicher zu vergegenwärtigen. Ihr schönes Mädchen beugte sich etwas zurück, die schwellenden Lippen öffneten sich leicht. Sie lächelte. So sah sie lange, einem ihr bisher unbekanntem, träumerischen Entzücken hingegeben. Dann warf sie sich in ihrem Fauteuil, wie von einem plötzlichen Gedanken beunruhigt, auf die andere Seite. Wird er aber gleichfalls schweigen? fragte sie sich, wird er das Geheimnis bewahren?

Warum sollte er es? Sie hatte ihn ja nicht einmal darum gebeten. Vielleicht hat er es schon verraten, vielleicht hat er dem Professor bereits alles erzählt, sich mit seiner Geliebten gebüht, und Wüst konnte dann heute oder morgen hierher kommen, in seiner hübschen Weise davon plaudern, er würde darüber spötteln und scherzen und es wäre dann viel, viel ärger, als wenn sie alles gleich selbst gestanden hätte. Sie schlug vor Scham und Vergor beide Hände vor ihr errötendes Gesicht. Was sollte sie tun? Beinahe seit diesem ereignisvollen Abend war sie im Begriff gewesen, an Onkel Wüst zu schreiben, ihn um Stillschweigen zu bitten. Aber wie, wenn er doch von nichts gewußt, wie lächerlich hätte sie sich dann gemacht. Nein, nein, das ging erst recht nicht, umso mehr da sie doch im Innersten eigentlich davon überzeugt war, daß Stefan, ebenso wie sie, das Geheimnis im tiefsten Herzen bewahrte.

Kann man dergleichen denn anderen, Unbefähigten mitteilen? fragte sie sich immer wieder. Was sie erweist in Nacht und Sturm, das sollte ewig nur zwischen ihnen bleiben. Es schien ihr wie eine Entweihung, wenn auch nur ein dritter davon gewußt hätte.

Aber dem folgten wieder ernsternbe Reflexionen. Wer

weiß, ob der gleiche Vorgang auf Stefan auch denselben Eindruck gemacht. Ihn erschien er vielleicht ganz unbedeutend, und vielleicht hatte er alles schon vergessen! Warum war er denn nicht einmal in dieser Zeit an ihren Fenstern vorbeigegangen? Und es war ihr dies zwar nicht bößig klar — aber es schien ihr doch so, daß er gekommen wäre, ja daß er hätte kommen müssen, wenn er sie eben so gerne wiedergesehen hätte, wie sie ihn. Aber er muß doch einmal nach der Stadt gehen, er kann doch nicht ewig in Lindau bleiben, und da es nur eine Straße in Seefeld gibt, so muß er hier durch, folgte sie, und da ich jetzt immer am Fenster sitze, — folgte sie weiter — so werde ich ihn bemerken.

Da hatten Schritte, es ging jemand über die Straße. Obwohl wohl dieses plumpe Auftreten durchaus keinen Seraph verleitete, sah Valerie dennoch rasch in die Höhe.

Es war ein alter Bauer, der schwermütig vorüberhumpelte. Unmutig wandte sie den Kopf. Es ging in dieser Stadt nur Greise, sagte sie gerührt. Nach einer Weile leuzte sie abermals auf. Es ist so langweilig jetzt, wie interessant, wie aufregend war hingegen jener Abend. Und Gedanke reichte sich an Gedanke, und sie fing den schönen Traum wieder von vorne an.

Nach einer Weile fuhr sie abermals in die Höhe. Wieder hatte sie Schritte vernommen, die vom Wege herauf hallten. Es war ein altes Weib. Schon wollte sie abermals verächtlich den Kopf zurückwerfen, als ihr der eigentümliche Gang des Mütterchens auffiel. Es war ein Hüpfen, stetig unterbrochen, es war, als wäre es dabei aus seinen Schritten herausgetreten, und mußte sich erst wieder in dieselben einschließen. Unwillkürlich fiel ihr dabei die Handl ein, und jetzt, als diese Gestalt näher kam, war es ihr, als wäre sie es wirklich; aber in welchem Anzuge! Die feine, zarte Gestalt der Handl gina in dem unheimlichen Gewande ganz verloren. Sie trug einen langen Rock, der den Boden berührte, und eine unendlich weite Schürze, die rückwärts übereinanderschlug; eine dicke, braune Flanelljoppe legte sich um den kleinen Körper in alle möglichen Falten und gab ihm ein wahrhaft verkrüppeltes Aussehen. Die Nerven waren umgeschlagen und doch waren sie noch immer viel zu lang und hingen in einer nichts weniger als anmutigen Weise über die Hand. Ein blaues Kopftuch war nach rückwärts geschlagen und über dieses noch ein großes, braunes Tuch unter dem Kinn gebunden, das dachartig über die Stirne hina, so daß unter diesen Hüllen das schmale Kindergesichtchen hervorsah. „Sie ist es, es ist dennoch die Handl!“ rief Valerie. „Und sie kommt auf unser Haus zu, was will sie von uns, bringt sie mir vielleicht eine Botschaft — von ihm?“ Sie sank errötend in den Stuhl zurück. Die widerstreitendsten Gefühle erhoben sich in ihr. Sollte sie es wünschen oder nicht? Sollte sie sie annehmen oder als eine Indiskretion zurückweisen? Sie sah wieder nach der Straße, der Handl war nicht mehr zu sehen, sie war bereits in die Gassirln getreten. Valerie erhob sich rasch und ging nach dem Vorzimmer, ihr entgegnete, sie wartete, sie sah nach dem Drücker, niemand klopfte, niemand rührte ihn.

(Fortsetzung folgt.)

Die Arbeiter von Brünn, Bemberg, Krakau, Triest, um zum gleichen Zweck zu manifestieren. Es ist wohl kein Zweifel: der revolutionäre Hauch der aus Russland weht, wird zunächst auch Oesterreich durchdringen und hier das morsche Klassenregiment stürzen, um dem allgemeinen, gleichen, strengen und geheimen Wahlrecht zum Siege zu verhelfen.

### Die Aktion bestimmt.

Der Parteitag hat einstimmig beschlossen, daß der Massenstreik proklamiert wird, wenn das allgemeine gleiche direkte Wahlrecht noch länger verweigert wird. 600 Wien-Vertrauensleute beschlossen einstimmig, daß am Tage der Parlamentseröffnung, am 21. November, die Wiener Arbeiterklasse unter allgemeiner und vollständiger Arbeiterrubric eine Kundendemonstration durchzuführen habe. Dies Beispiel wird auch in anderen Städten befolgt werden. In begünstigter Kriegs-Situation wird der Parteitag soeben geschlossen.

### Wahlrechtsdemonstration in Prag.

Mittwoch Abend fand auf dem Graben in Prag eine sozialdemokratische Kundgebung zu Gunsten des allgemeinen Wahlrechts statt, an der sich mehr als 2000 Personen beteiligten.

Das Personal der Pilsener Eisenbahn beschloß, wie aus Prag gemeldet wird, am 3. November ebenfalls in dem Streik einzutreten.

## Politische Uebersicht.

Was ist des Beamten höchstes Ziel? Darüber hat sich der neue Oberpräsident von Westpreußen, v. Jagow, bei seinem Abschiede in Marienbad wie folgt ausgesprochen:

„Wenn ein preussischer Beamter das Höchste erreicht, was er in seinem Berufe erreichen kann, so ist es die Anerkennung und die Liebe derjenigen, welche ihm seinem Berufe nach unterstellt sind. Und über alles, über äußere Anerkennung und andere Ehre steht nach meiner Auffassung das Gefühl, wenn einem die Liebe der anderen zuteil geworden ist.“

Adieu! Herr Robbiest! Wenn das richtig ist, dann schleunigst Adieu!

### Die Flottenvorlage. Das amtliche Depeschendureau

meldet: Die zuverlässig verläßt, wird das Depeschendureau der durch den Marinestat von 1906 angeforderten Linienschiffe und Kreuzer so groß und ihre Armierung so stark sein, daß diese Schiffe den neuesten Projekten anderer Staaten gleichkommen.

Das heißt also, daß Kreuzer von 12—15,000 Tonnen und Linienschiffe von 16—18,000 Tonnen Displacement gebaut werden sollen. Die Kosten für diese Schiffe werden sich also um mindestens 50 Prozent erhöhen! Zur Verhütung der Flottenferre teilen ferner anscheinend gut informierte Blätter mit, daß auch die bereits im kommenden Jahre auf Stapel zu legenden Schiffe diese Dimensionen haben würden! Wie groß und wie teuer die neu zu bauenden Schiffe sein werden, steht also fest. Es fragt sich nur, wie viel solcher Schiffe in den nächsten Jahren gebaut werden sollen. Die Flottenvorlage wird ja darüber Auskunft geben. Das wird eine lebhaftige Reichstagsdebatte werden!

### Die Wahlbewegung im Eisenacher Kreise.

In dem am nächsten Dienstag die Reichstagsnachwahl stattfindet, wird von allen Parteien mit fieberhaftem Eifer betrieben. In den abgelegenen, kleinsten Dörfern der Rhön, die noch nie eine Wahlversammlung gesehen haben, finden jetzt zwei bis drei Versammlungen statt. Gar oft verschmähen es die Reichstagsabgeordneten Raab, Liebermann von Sonnenberg und Lattmann nicht, vor 10 bis 15 Zuhörern für ihren antisemitischen Genossen, den Herrn Schöck aus Hamburg, auf den Stimmenfang auszugehen. „Kandidat nationaler Parteien“ nennt sich der Antisemit, um so seine antisemitische Anrüchigkeit zu verhehlen. Tausende von Proschüren: Im Paradies der Damen, werden vor West an die Wähler versandt. Mit anderen Druckwerken, Postkarten mit Ansichten, kurz, mit einer Bogenschießerei, wie sie bisher noch nie in diesem Wahlkreise betrieben wurde, arbeiten diesmal die Antisemiten, die als Helfer in der Not gegen die sozialdemokratische Gefahr vom Mund der Landwirte, von den Konservativen und ähnlichen Schornmachern unterfüttert werden. Die Nationalliberalen, die zuletzt den Wahlkreis verließen, sehen dem Ausgang der Wahl mit recht gedrückten Hoffnungen entgegen. Ihr Kandidat ist Professor Hegel-Eisenach. Der Freisinn hat sich die Beschimpfung der Sozialdemokratie zur besonderen Aufgabe gemacht. Der Reichstagsabgeordnete Wiemer und ein paar Oberlehrer erleichtern dem Kandidaten, Herrn Chefredakteur Kühner-Eisenach, die Arbeit, aber er selbst ist auf diesem Gebiete fast unüberwindlich.

Das auch unsere Genossen in allen Teilen des Wahlkreises eifrig an der Arbeit sind, um am 7. November dem jüngst in Eisen erzwungenen Siege einen neuen Erfolg anzusehen, ist, wie die „Leipziger Volkszeitung“ diesem ihrem Feinde hinzusetzt, selbstverständlich. Am Schwersten gestaltet sich die Agitation hoch oben auf der Rhön. Dort, wo keine Bahnverbindungen vorhanden sind, auf durchweichten oder schnee- und eisbedeckten Straßen haben unsere Genossen zu jetziger Jahreszeit ein schweres Stück Agitationsarbeit zu leisten.

### Neuer Konfliktstoff im Ruhrgebiet.

Die Siebenerkommission hat folgende Eingabe an den Reichskanzler Jürgen Bülow gerichtet:

#### „Durchlaucht!“

Auf einer großen Anzahl von Beten im Oberbergamtsbezirk Dortmund werden diejenigen Arbeiter, welche ordnungsmäßig von der Arbeit ablassen, nicht aber mit anderen Beten in Arbeit eingestuft, bis sie neben dem vom Gesetz vorgeschriebenen Ablehnschein von der Arbeit ablassen noch einen Ueberweisungsbefehlschein des Ueberweisenden Arbeitgebers erhalten haben. Diese Ueberweisungsbefehlscheine sind von den Arbeitgebern zu beantragen, wenn ein Arbeiter den vorgeschriebenen Ueberweisungsbefehlschein nicht vorzulegen kann, oder wenn ein Arbeiter zu anderen Arbeiten abberufen wird, aber nirgendwo eingestellt ist. Solcher Arbeiter nun zu bestimmten Zeiten, wo er abberufen ist, und beantragt solchen Ueberweisungsbefehlschein, so wird derselbe ihm verweigert. Durch diese Verweigerung wird dem Arbeiter jeder Arbeitswechsel im oberschlesischen Bergbau genommen.

„Unseres Erachtens verleiht solche Handlungsweise sowohl gegen die guten Sitten, als auch gegen das Gesetz über die Freizügigkeit, in es hebt für die Arbeitgeber letzteres geradezu auf. Aus diesen Gründen richten wir an Eure Durchlaucht die ergebene Bitte, in dieser Hinsicht energisch für Erneuerung sorgen zu wollen, eventuell durch eine Vorlage zur Abänderung der Reichsgesetzgebung.“

Gleichzeitig hat die Siebenerkommission an den Bundes-Minister einen Antrag gerichtet, in dem folgende Bitte ausgesprochen wird:

Der Minister möge der von dem Bergbauverein veröffentlichten und von den Behördenverwaltungen akzeptierten Normalarbeitsordnung nur dann seine Zustimmung geben, wenn Umgehungen und Widersprüche gegen die Bestimmung, die in einzelnen Ausnahmefällen, aus der Normalarbeitsordnung, besteht, in der Minister um eine Interpretation der Gesetzesbestimmung in § 99c und d der genannten Novelle vom 14. Juli gebeten.

Die Siebenerkommission warnt in einem Aufsatze die Bergleute des Ruhrreviers, die neue Arbeitsordnung zu unterschreiben, da sie den gesetzlichen Bestimmungen in einzelnen Punkten widerspricht und die Abänderungsanträge der Verbände bisher nicht berücksichtigt seien.

Wird Bülow es wagen, gegen die Kohlenmillionäre aufzutreten? Wir zweifeln sehr daran.

Endlich einmal kommt von den armen Tischen der Eisenbahnverwaltung eine erfreuliche Nachricht. Der preussische Eisenbahnminister beabsichtigt, im Laufe des nächsten Jahres Schlafwagen für die Reisenden dritter Klasse einzuführen. Nachdem er ihnen vor etwa zwei Jahren den Zutritt zu den Speisewagen gestattet hat, die bis dahin nur den Passagieren erster und zweiter Klasse zugänglich waren, will er den Reisenden dritter Klasse nunmehr auch die Schlafwagen öffnen, die bisher ebenfalls nur für die Reisenden erster und zweiter Klasse beziehungsweise für die Passagiere der Kurzüge zugänglich waren. Die Reform wird vor allem in den Kreisen der Frauen und Geschäftsreisenden begrüßt werden, die bisher den hohen Zuschlag zur zweiten Klasse an nächsten Leistungen waren, um den Schlafwagen dieser Klasse benutzen zu können.

Der vertrackte Graf. In dem Beleidigungsprozess des Grafen Hoenigsbroch und des Herausgebers der Hochschulnachrichten, von Salzberg, in München wegen eines Artikels über die Stellungnahme Hoenigsbrochs zu der Frage der akademischen Freiheit, wurde gestern Hoenigsbroch zu 100 Mk. Geldstrafe verurteilt, Salzberg dagegen bezüglich der Widerlage freigesprochen.

Reisegewissen worden sind im dritten Vierteljahr 1905 aus dem Deutschen Reichsgebiete 150 männliche und 19 weibliche Ausländer. Ferner wurde 12 ausländischen Anarchisten der Aufenthalt im deutschen Reichsgebiete untersagt. Die hätten aber auch was antworten können.

Reisebesetzung des erlebigen Landtagsmandats für Dr. Firsch. Als Kandidat der freisinnigen Volkspartei für das durch den Tod des Dr. Max Firsch erledigte Mandat des ersten Berliner Landtagswahlkreises wurde der Fabrikdirektor Dr. Hugo Gerlach, Mitglied der Berliner Handelskammer, vorgeschlagen.

Zusammentritt des Deutschen Städtetages. Nach dem Verlaufe der Audienz, welche Reichskanzler Fürst von Bülow den Vertretern des deutschen Städtetages in Sachen der Fleischnot gewährte, ist die Einberufung eines Logona des Städtetages nunmehr gesichert. Für den Zusammentritt der Delegierten aus ganz Deutschland in Berlin, ist vorläufig der 27. November in Aussicht genommen worden.

Bei der Mannheimer Stadtratswahl wurden 7 Nationalliberale, 3 Demokraten, 1 Zentrumsmann und 1 Freisinniger gewählt. Der Stadtrat setzt sich nunmehr wie folgt zusammen: 9 Nationalliberale, 5 Demokraten, 4 Freisinnige, 4 Sozialdemokraten, 2 Zentrumskräfte. Der Bürgerausschuss in seiner Gesamtheit besteht nun aus 40 Nationalliberalen, 26 Sozialdemokraten, 21 Demokraten, 14 Freisinnigen und 6 Zentrumskräften. Es sind noch zwei Ersatzwahlen vorzunehmen.

## Partei-Angelegenheiten.

Einigen Angehörigen des freien Gewerkschaften in Kolmar i. E. bei der Delegiertenwahl zur Generalversammlung der Ortskrankenkasse. Ihre Kandidaten erhielten 1060 Stimmen, die der Christlichen 515. Dieses für Kolmarer Verhältnisse glänzende Resultat wurde erreicht trotz der verzweifeltsten Anstrengungen der Christlichen.

Politische Schreibe. Der Sozialdemokratische Verein in Eisen hat beschlossen, für seine Funktionäre einen Lehrausschuss zu veranstalten. Vorläufig sind folgende Thematika in Aussicht genommen: 1. Die Parteien des deutschen Reichstages. 2. Unsere Organisation. 3. Das sozialdemokratische Programm: a) Allgemeiner Teil; b) Unsere Forderungen an die heutige Gesellschaft. 4. Die Sozialgesetzgebung: Alters-, Invaliden-, Kranken-, Unfallversicherung. 5. Das Koalitionsrecht und seine Geschichte. 6. Mittelstandspolitik. 7. Das bürgerliche Gesetzbuch. 8. Militarismus, Marinismus, Kolonialpolitik. 9. Postarie und Handelsverträge.

Der sozialistische Abgeordnete von Madagaskar. Der sozialistische Deputierte Anguener, dessen bereits angekündigte Ernennung zum Generalgouverneur von Madagaskar im höchsten Ministerrate erfolgte, hat seine Entlassung als Bürgermeister von Lyon eingereicht.

Der Kongress von Chalon. Am zweiten Verhandlungstag wird zum Hauptpunkt der Tagesordnung, zur Frage der Wahlaktualität gekritten. Es liegt eine Anzahl Resolutionen vor, durch welche die Forderung der Partei bei den Haupt- und Stichwahlen festgelegt werden soll. Ein Antrag Gadin, der auch von Guesde unterstützt wird, verlangt die Aufhebung von sozialistischen Kandidaten in sämtlichen Wahlkreisen. Hiergegen wenden sich verschiedene Redner mit dem Hinweis darauf, daß ja in vielen Departements noch gar keine Organisation bestehe, daß es viel wichtiger sei, die Kräfte auf andere anspruchsvollere Kreise zu beschränken. So heißt es in der von Bailant gestellten Resolution, daß der Nationalrat überall den Wahlkampf dort einleiten soll, wo eine Möglichkeit hierzu vorhanden ist. In Frankreich sind die Stichwahlen nicht auf die beiden Kandidaten mit den höchsten Stimmzahlen beschränkt, sondern es können nun die Dinge so liegen, daß wenn der sozialistische Kandidat die relative Mehrheit nicht erhalten hat und doch wieder mit in die Wahl eintritt, er dadurch der Reaktion zum Siege verhilft. Die Resolution Reveli will für Stichwahlen folgende Richtschnur festlegen: Hat der sozialistische Kandidat bei der Hauptwahl die relative Mehrheit nicht erhalten, so hat er bei der Stichwahl zurückzutreten, um die Reaktion zu schwächen. Das gleiche hat zu geschehen, wenn die republikanischen, demokratischen und radikalen Kandidaten im ersten Wahlgange formell erklärt haben, für geheime Wahlen mit proportionaler Vertretung, sowie für gesetzliche Vertretung der Arbeiter zu kandidieren. Lafargue schlägt eine Resolution vor, in der die einfache Enthaltung der sozialistischen Kandidaten bei Stichwahlen gefordert wird, ohne daß den sozialistischen Wählern die Wahl eines bürgerlichen Kandidaten empfohlen wird. Die Debatte dauert den ganzen Tag und wird in einer Abend Sitzung fortgesetzt. Jaures, der in späterer Abendstunde zum Wort kommt, fordert in eindringlicher zündender Rede den Kongress auf, unter allen Umständen einen einstimmigen Beschluß zu fassen. Ein solcher lasse sich aber nur erreichen, wenn sämtliche Resolutionen einer Kommission übergeben würden. Der Text der Resolution müßte klar und unmissverständlich verfaßt werden für die Parteigrößen bei der Hauptwahl und bei den Stichwahlen erhalten. In derselben müßte auch ausgedrückt werden, daß nach der Uebergangung der Sozialisten es keine wahrer Freiheit gäbe, die nicht

die kapitalistische Gesellschaft durch die kollektivistische abgelöst ist. Ferner müßte darin ausgesprochen werden, die Bekämpfung unserer Willens die notwendigen Reformen sofort zur Durchführung zu bringen und schließlich müßte gesagt werden, daß der Sozialismus die Gerechtigkeit will, den Frieden und das Ende der Kriege.

## Breslauer Nachrichten.

Breslau, 3. November 1906.

### Aus unserem Stadtparlament.

Lustbarkeitssteuer — Städtetag — Alkeneinstampfung

— Stalverklärung! Das waren die verschiedenen Gegenstände, die eine nennenswerte Debatte in der gestrigen Sitzung hervorriefen. Bei dem öffentlichen Ausgebot des Verkaufs alter Aktien hat die Firma Ephraim 50 Mk. mehr geboten, als die Firma Hellingner, die bisher die Käuferin des Makulaturpapiers war. Trotz dieses Mindergebots hat der Magistrat der Firma Hellingner wieder den Zuschlag erteilt, weil ihm diese Firma bekannt sei, die andere nicht. Nun stritten sich die Stadtväter herum, ob Ephraim zuverlässig oder ob Hellingner noch zuverlässiger sei. Der Magistrat blieb dabei, daß er der ihm bekannten Firma das Papier überliefern müsse. Niemand von den Rednern, die für Ephraim oder für Hellingner eintraten, kam auf den Gedanken, den Magistrat zu fragen, warum er eine öffentliche Ausschreibung vornehme, wenn er doch von vornherein die Absicht habe, unter den acht einlaufenden Offerten nur der ihm „bekannt“ Firma den Zuschlag zu geben. Das kommt doch einer Nachführung der offerierenden Geschäftskunde ziemlich nahe! — Bei der Lustbarkeitssteuerordnung haben sich nach der Ansicht des Magistrats Ungenauigkeiten herausgestellt, die ihn zur Vorlage eines Nachtrags veranlaßte. Dieser stieß nun im Ausschuss auf einen hand Bedenken und so hat er sich zu einem Nachtrag zum Nachtrag entschlossen, der gestern zur Beratung stand. Man hat den genialen Einfall gehabt, auch die „Polypheon“, „Orchester“, Spieluhren, und wie man die mannigfachen Musikautomaten nennen mag, die in den Kneipen aufgestellt sind, als „Veranstaltung einer öffentlichen Lustbarkeit“ anzusehen und sie mit Strafe, pardon, mit Steuern zu belegen. Und zwar soll jeder Wirt, der in seinem Lokal einen solchen Musikautomaten aufstellt, vierteljährlich 15 Mk. blechen. Der Vertreter der Gastwirte, Weide, wehrte sich mit Händen und Füßen gegen diese Neubelastung seiner Standesgenossen, aber der Magistrat will die schlechte Musik durch Steuern tot machen oder doch tödlich verletzen. Um eine mindestens zweifelhafte Neuerung zu rechtfertigen, schämen die Leute, die kaum einmal in Lokale kommen, wo ein Musikautomat für 5 Pf. spielt, ästhetische (!!) Rücksichten vor! Während nur einige Konservativen und unsere Genossen für die Streichung dieses Passus stimmten, hob die Mehrheit der Konservativen - Klerikalen in Gemeinschaft mit den Freisinnigen die Hand hoch und brachte so den Musikautomatenbesitzern eine neue Belastung, für die sie sich bei den konservativen Mittelstandsrettern bedanken können. Als der Antrag auf Anschluß an den deutschen Städtetag zur Verhandlung kam, erhob Herr Finger allerlei Bedenken dagegen, er mußte aber schließlich seinen Antrag auf Ausschlußberatung zurückziehen, da er damit keine Gegenliebe fand. Der Führer der Konservativen aber benutzte die Gelegenheit, dem Magistrat einige Malen darüber zu sagen, daß er immer noch nicht die Bezirkswahlen für die erste Klasse der städtischen Wähler eingeführt habe. Der Magistrat schwieg, denn er weiß, daß eine solche Bezirksenteilung den Konservativen die Mehrheit bringen würde.

Auf der Tagesordnung der geheimen Sitzung stand die Beratung des Nachtragssetats betreffend Beamtengehälter. Es war jedoch der Antrag gestellt worden, diese Vorlage ebenfalls in der nächsten öffentlichen Sitzung zu verhandeln. Nach längerer in der geheimen Sitzung stattgefundenen Geschäftsordnungsdebatte wurde dieser Antrag angenommen. In der nächsten Sitzung dürfte also dieser Etat zur Sprache kommen. Unsere Genossen haben dazu folgende Anträge eingereicht:

Die Stabverordneten-Versammlung ersucht den Magistrat, nach der nunmehr vorgenommenen Regelung der Beamtengehälter eine ebensolche Neuregelung resp. Erhöhung aller jener Arbeiterlöhne vorzunehmen, die im letzten Jahre eine Veränderung nicht erfahren haben.

1. Den Promenadenwächtern, den Wächtern in Scheinung und im Südpark eine Erhöhung des jetzigen Gehalts um 200 Mk. zu bewilligen, so daß dieses in Zukunft 1100 Mark beträgt.

2. Den 7 Haushältern, ebenso wie den 77 Dienern ein Kleidergeld von je 60 Mark pro Jahr zu gewähren.

Man darf gespannt sein, welche Ausflüchte man erfinden wird, um diese Anträge niederzustimmen!

### Gegen die Tabaksteuer.

Die drohende Mehrbelastung der Tabaksteuer hat die in dieser Industrie beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen auf den Posten gebracht, allenthalben beginnt unter den Arbeitern eine rege Tätigkeit, um sich gegen den Miß zu wehren. Auch in Breslau rüsten sich die Tabakarbeiter und Arbeiterinnen zur energischen Abwehr. Zu diesem Zwecke fand am Donnerstag im großen Saale des Gewerkschaftshauses eine öffentliche Versammlung aller in der Tabakbranche beschäftigten Arbeiter zc. statt, die sich eines zahlreichen Besuches zu erfreuen hatte. Zigarettenarbeiter Franz Schmidt, Berlin sprach zunächst über die soziale Lage der Zigaretten- und Zigarettenarbeiter und Arbeiterinnen.

Er schilderte ihre Leiden, die durch die überaus lange anstrengende Arbeit in luftleeren, nikotinschwangeren Räumen entstehen, und den Tabakarbeiter zu dem bedauernswertesten Menschen machen. Wird der Körper durch die mancherlei Einwirkungen der Atmungsorgane und anderer Organe schon ungemein geschwächt, wodurch die Arbeiter zeitig hinsterben, so wird das Leben eines Tabakarbeiters noch dadurch zu einem fast unerträglichem, daß er für seine mühsame Arbeit so erbärmlich entlohnt wird, und so wird zu Hause noch bis in die Nacht hinein gearbeitet, in der Zigaretten- wie in der Zigarettenbranche, um wenigstens einigermaßen einen Verdienst zu haben, der vor den brüderlichen

Sorgen nicht. In den letzten Jahren sei der Lohn nicht gestiegen, sondern sogar zurückgegangen, nur in den Zentren, in denen eine starke, gefestigte Organisation vorhanden ist, sei eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen eingetreten. Rabner beschreibt die Kämpfe, die gegen das geschlossene Unternehmertum, den Krampf, haben geführt werden müssen, die große Summen verschlungen haben. Ein besonders Kapitel widmete er dem Kampfe der Dresdener Zigarettenarbeiterinnen, die trotz der großen Ausbeutung doch ihr Qualifikationsrecht nicht preisgaben und einige Preisaufbesserungen erzielt haben. Bei aller Mißere, in der die Tabakarbeiter sich befinden, kommt jetzt das drohende Gespenst einer Mehrbelastung des Tabaks.

Welche Verheerung eine solche unter den Arbeitern anrichten würde, geht schon aus der Tatsache hervor, daß zur Zeit der Zollkrisis, nach Erlass des Sozialtarifgesetzes, der Zoll auf Tabak von 12 Pfennig auf 42 Pfennig pro Pfund erhöht wurde, nicht weniger als 15.000 Arbeiter und Arbeiterinnen, die Vermissten der Armen, auf die Landstraße geworfen wurden. Sollte sich wieder eine Mehrbelastung einstellen, so würde wohl der vierte Teil von den 200.000 in der Tabakindustrie beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen brotlos werden. Aber nicht nur gewerkschaftliche Arbeiter, auch die vielen Interessenten dieser Industrie würden großen Schaden erleiden. Die kleinen Tabakfabriker, kleinere Fabrikanten etc. würden zu Grunde gerichtet werden. Die Gefahr liegt gegenwärtig gar ernst vor unseren Augen, die Regierung brauche Geld für Militär und Marine, das Zentrum und andere Parteien haben sich dafür festgelegt und werden gewiß für eine höhere Besteuerung des Tabaks stimmen, nur auf eine Partei könnten die Arbeiter sich verlassen, das ist die sozialdemokratische, die mit allen Mitteln gegen diese erdrückende Steuer ankämpfen werde. Durch den neuen Sozialtarif werde das Proletariat genug schwer betroffen, und jetzt gehe man daran, den armen Tabakarbeitern den Erwerb zu rauben, das dürfe nicht geschehen, und deshalb müßten die Kollegen und Kolleginnen alles daran setzen, um zur Abwehr mitzuhelfen zu können. Es müssen fortwährend Versammlungen abgehalten und der Regierung vor Augen gehalten werden, was sie durch eine Mehrbelastung des Tabaks unter dem Proletariat anrichten würde. Zunächst sei es nötig, daß die Sozialdemokratie sich fest zusammenschließt, kein Arbeiter, keine Arbeiterin dürfe fernbleiben. Dann wird es auch gelingen, den Gewaltstreik abzuschlagen.

Nach einer Debatte, an der sich die Kollegen Langner, Kern und Fittig beteiligten, wurde folgende Resolution einstimmig angenommen:

Die am 2. November 1905 im Gewerkschaftshaus tagende öffentliche Versammlung der Breslauer Tabakarbeiter und Arbeiterinnen protestiert um so schärfer gegen die Mehrbelastung des Tabaks, als der Staatsminister des Innern, Graf Posadowski, in der Sozialtarifkommission des Reichstags im Jahre 1902 auf Antrag erklärte, die Regierung denke nicht an eine höhere Besteuerung des Tabaks; die Versammlung protestiert gegen die trotz dieser Erklärung betriebene Verunreinigung der Tabakindustrie und fordert alle Beteiligten auf, mit allen Kräften den Kampf gegen jede Mehrbelastung aufzunehmen und zu führen.

Es wurde alsdann eine Agitationskommission gewählt, und zwar die Kollegen Langner, Kern, Walbach, Jaitner und Grabowski, und die Kolleginnen Fräulein Else Kempe und Frau Peinze. Zum Schluß referierte Schmidt über die Vorteile, die der Verband den Mitgliedern gewährt, und es wurde eine Resolution angenommen, in der sich die Anwesenden verpflichteten, für Kräftigung des Verbandes zu wirken.

Der Sozialdemokratische Verein wird am Montag Abend die Debatte über Partei und Gewerkschaften fortsetzen. Die Versammlung wird wieder im Zimmer 2 tagen, da der Saal während der ganzen Woche besetzt ist.

Mitteilungen aus den Gewerkschaften.  
Achtung, Holzbildhauer! Bestehender Differenzen halber ist über die Werkstatt von Herrn D. Czecjalka, hier, Tauengienstraße, die Sperre verhängt.

Die Lokalverwaltung.  
Achtung, Bauhilfsarbeiter! Da jetzt eine große Nachfrage von Seiten der Arbeitgeber nach Arbeitern im Bureau vorhanden ist, so ersuchen wir unsere arbeitslosen Kollegen, welche dem Zentralverbande angehören, sich bei uns zu melden.

Freitag, den 3. d. M., findet für die Döwiger Kollegen im bekannten Lokal Abends 8 Uhr eine Zusammenkunft statt. Jeder Kollege hat die Pflicht, pünktlich zu erscheinen. Die Lokalverwaltung des Bauhilfsarbeiterverbandes.

### Aus Schlesien und Polen.

#### Polnische „Volksfreunde“

Die radikalen Polen vom Schlage Korsantys sind den Großkapitalisten wie den Geistlichen in Oberschlesien ebenso verhaßt, wie die Sozialdemokraten. Herr Korsantys hat nämlich zu seinen demagogischen Zwecken — nicht etwa aus wirklichem Interesse an den Arbeitern — die tiefen Gegensätze zwischen polnischen Arbeitern (die anderen Arbeiter sind ihm völlig gleichgültig) und den großen Unternehmern unausgesetzt mit den schärfsten Worten betont, auf das furchtbare Elend dieser polnischen Proletarier und auf die Verschwendung der aus den polnischen Arbeitern herausgeschwundenen Blutgroschen immer wieder drohend hingewiesen, in einer Weise, wie das schärfer auch der radikalste Sozialdemokrat nicht tun könnte. Das erklärt zu einem guten Teil den letzten großen Wahlerfolg Korsantys. Und ebenso erklärt es den Haß der Geldhunde und Pfaffen, die ein solches Beginnen als äußerst gefährlich für ihre eigenen Klasseninteressen ansehen müssen.

Gleich nach der Wahl bemühte sich nun auch Korsantys, diesen seinen Feinden nachzuweisen, daß er durchaus nicht so gefährlich wie die Sozialdemokraten sei, ja, daß er vielmehr ein äußerst wertvoller Bundesgenosse im Kampfe der bürgerlichen Gesellschaft gegen die Sozialdemokratie sei. Ich habe der internationalen Schlange den Kopf zertritten“ rühmte er sich in den Siegesartikeln seines „Polak“, was weder Zentrum noch Sozialisten gelungen ist, habe ich fertig gebracht: eine schwere Niederlage der Sozialdemokratie. So prahlte Korsantys, der zwei Jahre vorher alles Erdentische tat, um mit Hilfe sozialdemokratischer Stimmen das Mandat zu gewinnen.

Um aber einen noch viel besseren Beweis für seine unübertreffliche Überlegenheit im Kampfe gegen den Umsturz zu erbringen, beachtet er nach der Wahl noch eifriger wie im Wahlkampf selbst, die denkbar größte Fremdsittigkeit und der von seinem Blatte geübten Laster folgen die andern radikalpolnischen Blätter Oberschlesiens. Wie Genosse Morozowski neulich treffend in einer sozialdemokratischen Versammlung ausführte, besteht der Inhalt dieser Blätter gegenwärtig zum größten Teil aus reißerischen Verleumdungen, Legenden und Wundergeschichten und aus Insuperationen geschändlicher Art. Korsantys bringt in seiner letzten Sozialistischen Artikel über die Lehre von den Sakramenten, den er sogar vor Nachdruck schloß. So klären diese Arbeiterfreunde das Volk auf, so suchen sie sich vielmehr in die Gunst der Mächtigen und ihres Vorführer, der Geistlichen, wieder hinein zu schwindeln, bezwecken sie zu machen, was sie während des Wahlkampfes gegen die Interessen der Volksausbeutung und Volksverdrümmung gesündigt haben.

### Wann ein Graf wählen soll

Ein schlesischer Majoratsherr, der vom schlesischen Schulvorstande zu 12.000 Mark Schulunterhaltungskosten im vorausgen wurde, sich aber weigerte und gerichtliche Entscheidung beantragte, ist endlich hingerichtet. Der Herr Graf (der Name ist und leider wieder entfallen) hatte nämlich seine Verurteilung durch den Schulvorstande nicht als unzulässig angesehen, sondern als ein Verbrechen angesehen. Das Oberverwaltungsgericht wies jedoch die Klage des Majoratsherrn ab, indem es a., wie wir einem Bericht der „Frankf. St. Anzeiger“ entnehmen, ausgesprochen wurde, die königliche Regierung habe das Recht gehabt, einen angestellten Hauptlehrer zum Mitglied des Schulvorstandes zu ernennen. Eine Anordnung der Schulverwaltung, auf Grund deren dem Schulvorstande auf dem Lande ein angestellter Lehrer beizutreten habe, stehe weder mit dem schlesischen Provinzialgesetz noch auch mit Vorschriften des Allgemeinen Landrechts im Widerspruch, insbesondere laufe eine solche Entscheidung nicht § 12 ff. II 12 des Allgemeinen Landrechts entgegen. In der Anordnung, die die Entsendung von Lehrern in die Schulvorstände sei die Regierung in Ausführung der ihr durch eine Instruktion vom 28. Oktober 1817 erteilten Berechtigung zur Aufsicht und Verwaltung des Elementarschulwesens und der äußeren Schulanlagengelegenheiten, nachdem sie hierzu vom Unterrichtsminister nicht nur ermächtigt, sondern auch angewiesen worden sei. Auf keinen Fall sei eine ministerielle Anordnung unzulässig erscheinend. War der Lehrer befugt, als Mitglied des Schulvorstandes mitzuwirken, so könne der Beschluß, durch welchen der Majoratsherr zu den Schulunterhaltungskosten herangezogen sei, nicht als unzulässig erachtet werden. Es bleibt somit wohl dem Majoratsherrn nichts weiter übrig, als zu bleichen. Nun, er wird deshalb nicht zu Grunde gehen.

Waldburg, 31. Oktober. Ein gutes Geschäft zu machen glaubten eine Anzahl Waldburger Kaufleute vor einiger Zeit. Der Arbeiter Dielscher aus Hartau, der sich als Händlershändler ausgab, belachte einen nach dem anderen und machte bei jedem eine größere Bestellung auf Zigaretten. Es gelang ihm, an sechs Stellen „zur Probe“ eine Riste zu erlangen, die er dann verkaufte, die bestellten Waren, die zusammen einen Preis von 1800 Mk. betrug, aber nicht abholte. Da S. schon öfters wegen Betruges mit Buchhaus bestraft ist, erhielt er wegen dieser Prellerei zwei Jahre Buchhaus und drei Jahre Ehrverlust.

Hermisdorf, 1. November. Neue Zeitungen schließen in unserem Revier wie die Bißle aus der Erde. Nachdem erst vor zwei Monaten in Dittersbach ein neues Blatt, die „Dittersbacher Zeitung“ ins Leben gerufen wurde, unternimmt es jetzt ein Herr Walter aus Friedland, auch für Hermisdorf ein eigenes Lokalblatt unter dem Titel „Nieder-Hermisdorfer Boten“ zu gründen. Die erste Nummer ist heute gratis verteilt worden und ist aus derselben zu ersehen, daß die Gründung von den angehörenden Einwohnern von Hermisdorf gewünscht worden ist. Das der Verleger aber von diesen „Angehörigen“ nicht leben kann, weiß er ganz gut, denn er macht den Arbeitern das Abonnement auf sein Blatt dadurch schmackhaft, daß er nach bekanntem Muster eine Prämie von 150 Mark für jeden löblichen Unfall einführt. Ferner macht der neue Verleger bekannt, daß er sich in den politischen Streit nicht einmischen will. Das wäre ja sehr lobenswert von ihm, doch wird er es mit diesem Verprechen so halten wollen, wie man es von den „unparteiischen“ Blättern gewohnt ist, nämlich die Bekämpfung der Arbeiterpartei in der ungenügendsten Weise mitzumachen. Der Hinweis auf die „Angehörigen“ ist diese Vermutung sehr nahe, ohne uns allerdings weiter zu beunruhigen.

Landesheim, 30. Oktober. Sauberes Fleischermeisterer August A. aus Griedtsdorf war vom Landeshüter Schöffengericht wegen Verletzung des Fleischverkaufsgesetzes zu 30 Mk. Geldstrafe verurteilt worden. A. hatte eine Kranke K. zu 33 Mark gekauft und soll sie geschlachtet und das Fleisch zum Teil verkauft haben, ohne die vorgeschriebenen Untersuchungen durch den Tierarzt vornehmen zu lassen. Vor dem Landgericht Dirschberg kam A. mit dem abgedroschenen Märchen des „großen Unbekannten“, an den er die Kuh weiter verkauft haben will, allein das Gericht glaubt natürlich dieses Märchen nicht, zumal auch noch andere Beweise für die Schuld des Angeklagten sprechen. Die von ihm gegen das Urteil des Schöffengerichts eingelegte Berufung wird daher verworfen.

Neustadt OS., den 3. November. Die verlorene Tochter. Eine interessante Antike beschäftigte die Strafkammer, vor der sich der Fleischermeister Julius Sauer aus Schneelwalde und dessen Ehefrau wegen vorläufiger Personenstandsänderung zu verantworten hatten. Am 11. August ist die 12jährige Tochter Bertha des Angeklagten aus seiner ersten Ehe verschwunden und bis heute nicht aufzufinden gewesen. Im Dorfe entstand das Gerücht, Sauer habe seine Tochter selbst beseitigt, da er sich nicht bemühte, deren Aufenthalt auszuforschen. Um diesem Gerücht entgegenzutreten, erließ Sauer in mehreren Zeitungen Aufforderungen, ihm den Aufenthalt seiner Tochter anzugeben. Er erfuhr, daß in der Neißer Gegend sich ein Mädchen herumtreibe und fuhr nach Groß-Neundorf, wo er das Mädchen antraf. Obwohl ihm dieses sagte, es sei nicht seine Tochter, hegte vielmehr Anna Klapper und stammte aus Habelschwerdt, nahm Sauer das Mädchen doch mit nach Hause, gab es für die verlorene Tochter aus und ließ es als solche beim Amtsvorsteher und dem Vormundschafftsrichter eintragen. Die Dorfbewohner sowohl, wie die akte Ehefrau des Sauer erklärten gleichwohl, das Mädchen sei nicht die Bertha Sauer. Trotzdem meldete die Ehefrau auf die Befragung des Gatten hin das Mädchen als Bertha Sauer auch in der Schule an. Schließlich legte sich das Gericht ins Mittel und das Ehepaar kam unter Auflage, Julius Sauer wurde zu sechs Monaten, seine Ehefrau zu drei Tagen Gefängnis verurteilt.

Rattowitz, 3. November. Der Herr Stadtrat vor Gericht. Einen schrecklichen Tod fand vor einiger Zeit der Schulrat Johann Ruzik, indem er in einem Leimloch auf der sogenannten sechsten Straße ertrank. In der Sache hatte ein Nachspiel vor dem Schöffengericht. Die Anklage betraf den Hausbesitzer und Stadtrat Sigismund S. aus Rattowitz. Auf Grund der Bestimmungen des § 367 Abs. 12 Str.-G.-B. war demselben ein amtlicher Strafbefehl in Höhe von 100 Mk. zugeworfen. Der betreffende Paragraph bestimmt: Mit Geldstrafe bis zu 100 Mark oder mit Haft wird bestraft, wer auf öffentlichen Plätzen, Wegen oder Straßen, in Häusern und überhaupt an Orten, an welchen Menschen verkehren, Brunnen, Keller, Gruben, Öffnungen, oder Abhänge dergestalt und in der Weise über und unterwahrt läßt, daß daraus Gefahr für andere entstehen kann. Herr S. besitzt auf der sechsten Straße ein Terrain als sein Eigentum, zu welchem auch das oben erwähnte Leimloch gehört. Dasselbe soll zu der Zeit, als sich der Unfall ereignete, nicht unmaßig und getrocknet sein. Die Verhandlung war sehr umfangreich und dauerte 1 1/2 Stunden. Die Verteidigung wurde nach drei Seiten hin geführt. Es handelte sich um keinen öffentlichen Weg, sondern um ein Privatgrundstück. Das Grundstück sei von dem Pächter Gohng umzäunt worden und ein Teil des Terrains sei zur Durchlegung einer Straße an die Stadt abgetreten worden. Zu diesem Terrain gehöre voraussichtlich auch das Leimloch. Daß seiner Zeit das Leimloch von Herrn Gohng mit einer Barriere umgeben wurde, bezeugte Volkseigenant Thiel. Andererseits wurde erwiesen, daß zur Zeit des Unfalls von dieser Barriere nicht mehr viel zu sehen war. Die Verhandlung verlief schließlich der Verurteilung, um festzustellen, ob es sich tatsächlich um ein Terrain handle, welches bereits städtisches Eigentum sei. Durch katastrophale Augenzeuger oder Vermutung des Katasterbeamten sollen die Eigentumsverhältnisse ermittelt werden. Außerdem wird Einschränkung in die Grundbesitzverhältnisse.

Rattowitz, 30. Okt. Der verlassene Schreibflehler. Der polnische Strafbefehl über 6 Mk. erhalten, weil er einen Arbeiter mit einer Arbeiterin nicht zur Krankenkasse ange-meldet hatte. In der Verhandlung vor dem Schöffengericht vertrat der Verteidiger, die Freisprechung müsse schon aus formellen Gründen erfolgen. Es handelte sich um die Übertragung eines Befehles vom 10. April 1892, während im Strafbefehl vom 14. April 1892 die Rede sei. Das Gericht erkannte tatsächlich infolge des Schreibfehlers auf Einstellung des Verfahrens. Nicht hat der Schreibflehler dem Angeklagten bar Geld ein-gebracht.

Gnesen, 2. November. Ein polnischer Sieg. Gegenüber der Wahl von vier Mitgliedern in den Vorstand der katholischen Kirche entspann sich zwischen deutschen und polnischen Katholiken ein heftiger Kampf. Der Wunsch der Deutschen, durch ein Mitglied im Vorstande vertreten zu sein, um etwaige Mißbilligungen und Mißverständnisse mit der polnischen Gemeinde leichter an dem Wege schaffen zu können, fand keine Berücksichtigung. Nun haben die Deutschen 15 Stimmen vier deutschen Protestanten, die aber, der „Pol. St.“ zufolge, gegen die polnischen unterlagen, weil ein Teil der Deutschen, sei es aus Laune oder Angst, die Pflicht als deutsche Wähler nicht erfüllt hat. So macht das Deutschstum im Osten vor seiner eigenen Postil lässlich Bankrott. Die Leberdeutschen unterläßt nur, was sie gefür haben.

### Neueste Nachrichten.

#### Die Unruhen in Rußland.

Witte in Ungnade? In Petersburg mehren sich die Gerüchte, daß Witte das Vertrauen des Zaren verloren habe, weil er ein falsches Spiel spiele. Repetovs Macht sei im Steigen und werde im geheimen von Bulgjin im Verein mit einer Koflique unterstützt.

Die Zensur für nicht amtliche Telegramme und Zeitungen ist aufgehoben worden.

Finland. Die russischen Soldaten in Meaborg kesserten ohne Widerstand die Waffen aus. Die russischen Straßenschüler werden übermalt. In Tornea meldeten sich 150 Freiwillige zur Aufrechterhaltung der Ordnung. Jetzt ist in Tornea, Kant und Meaborg mit flammigen Fahnen geslaggt. Abends waren alle städtischen Ställe illuminiert.

Polen. Bei den Zusammenstößen mit dem Militär in Warschau, zu denen es am 1. November kam, wurden sieben Personen getötet und 50 verwundet. Der Gouverneur hat einen Kurus erlassen, in dem er die gewährten Freiheiten garantiert und die Bevölkerung bittet, Ruhe und Gehorsam und Vertrauen zur Regierung zu haben.

Die Kundgebungen national-polnischen Charakters dauerten den ganzen Tag an; es kam zu mehreren Zusammenstößen mit dem Militär. In der Philharmonie wurde eine große Volksversammlung abgehalten. Die Banken sind geschlossen; an der Börse ruht das Geschäft.

Sämtliche Bädergassen in Boba haben sich mit den Eisenbahnangehörigen solidarisch erklärt und sind in den Ausstand getreten. Sie beabsichtigen, die Arbeit gleichzeitig mit der Beendigung des Ausstandes der Eisenbahner wieder aufzunehmen. Donnerstag früh wurde in einigen Fabriken gearbeitet, nach einigen Stunden jedoch die Arbeit wieder eingestellt wegen der Beerdigung der während der Straßenunruhen am Dienstag getöteten Personen.

Barischer Betrug? Ein Privattelegramm der „Schles. Stg.“ meldet: Der Donnerstag veröffentlichte Regierungserlaß, der formell und sachlich eine Suspension des Freiheitsmanifestes einschließt, übertrifft die schlimmsten Erwartungen. Man erklärt den Erlaß durch die Annahme, daß die reaktionäre Partei den maßgebendsten Willen schon offen als unverbindlich behandelt.

Großrußland. Fast überall finden in Minsk Beerdigungen von Leuten statt, die den letzten Unruhen zum Opfer gefallen sind. Die Leichen werden auf Droschken fortgeschafft. Auf dem jüdischen Friedhofe lagen heute 54 Leichenname. Die Arbeiter setzen für die Getöteten eine beidseitige Trauer an. In den öffentlichen Anstalten wurde die Arbeit eingestellt.

Das ganze Judentum in Wiasma ist zerstört und gepfländert. Die Verluste sind sehr bedeutend.

Südrußland. In Odesa dauert nach dem Londoner „Evening Standard“ das Blutbad unvermindert fort. Die Kosaken sollen gestern über hundert Mann verloren haben. Das Militär stellte an verschiedenen Punkten der Stadt Maschinengewehre auf. Nach einer weiteren Mitteilung ist gestern Nachmittag das Kriegsrecht verhängt worden, worauf sich die Lage besserte. Abends war alles ruhig. In Tiflis und im ganzen Kaukasus soll, wie französische Blätter melden, vollständige Anarchie herrschen.

Italien. Eine Menge von ungefähr 80.000 Personen hielt sich am Donnerstag in Neapel mehrere Stunden lang an der Stelle auf, wo die von den Truppen erschossenen Teilnehmer an den Kundgebungen gefallen sind. 35 Särge waren dort aufgestellt. Die Menge sang dabei Trauergesänge. Die Straßenschilder und die Häuser waren schwarz verhängt und trugen unabhägliche Trauerkränze. Die Straßen waren mit Tannenzweigen geschmückt, an den Fenstern brannten Kerzen. Der Trauertag erstreckte sich auf mehrere Kilometer. Die Stadtbehörden beteiligten sich daran. Die Läden und die öffentlichen Anstalten waren geschlossen.

### Meteorologische Beobachtungen der königlichen Universitäts-Sternwarte.

2. Nov. u. 3. Nov.	Nachm. 2 Uhr.	Abends 9 Uhr.	Morg. 7 Uhr.
Aufwärmung (°C)	+ 13,8	+ 10,2	+ 6,8
Luftdruck bei 0° (mm)	789,2	789,5	744,0
Dunstdruck (mm)	6,7	6,9	6,2
Dunstfättigung (pCt.)	88	81	87
Wind (0-12)	SW 4	SW 4	SW
Wetter	bezogen.	heiter.	bezogen.

Verantwortlicher Redakteur für die Rubrik: „Breslauer Nachrichten“ und die Inserate: Franz ... — für die Rubrik: „Aus Schlesien und Polen“: Robert ... für den gesamten übrigen Inhalt der Zeitung mit Ausnahme der „Neuen Welt“: Paul ... — Redaktion und Expedition: Neue Frauenstraße 5/6. — Verlag von Oskar ... — Druck von Th. ... — sämtlich in Breslau. — Ausgabepreis: 2 Pfennig.

**Statt besonderer Meldung!**  
 Am 2. d. M. verschied unerwartet unsere Schwiegermutter, die frühere Kohlenhändlerin **8109 Frau Dorothea Kretschmer, geb. Hentschel.**  
 Um stilles Beileid bitten  
 H. Bunk, W. Grosseck, als Schwägerin nebst Familie.  
 Beerdigung: Sonntag, 5. November, vorm. 11 1/2 Uhr, nach Oswitz. Trauerhaus: Uferstrasse 26, III.

**Stadt-Theater.**  
 Freitag:  
 Pasquale Amato:  
 „Ninetta.“  
 Samstag:  
 „Der fliegende Holländer.“  
 Sonntag nachmittags 3 1/2 Uhr:  
 „Der Troubadour.“  
 Abends 7 1/2 Uhr:  
 „Gastspiel“  
 Pasquale Amato:  
 „Ninetta.“  
 oder: „Der Waschenball.“

**Robe-Theater.**  
 Freitag:  
 Die Brüder v. T. Bernhardt.  
 Samstag:  
 „Der Schwur der Treue.“  
 Sonntag nachmittags 3 1/2 Uhr:  
 „Der Troubadour.“  
 Abends 7 1/2 Uhr:  
 „Der Schwur der Treue.“  
**Volks-Vorstellungen im Thalia-Theater.**  
 Samstag:  
 „Symboldi-Bereita.“  
 „Abendmenschen-Vorstellung.“  
 „Johd und Schwert“  
 „Wanderer an der Abendkaffe.“  
 Sonntag abends 7 1/2 Uhr:  
 „Der Reichstudent.“

**Liebich's Etabl.**  
 Neues Programm!  
 14 Debuts 14.  
 Abends 7 1/2 Uhr.

**Victoria-Theater**  
 (Simonsauer Garten).  
 Neues Programm.  
 12 Attraktionen.  
 Herm. Westrum  
 The Skremkas  
 4 Olinos  
 etc. etc.  
 Abends 7 1/2 Uhr. Preis 5 Pf. bis 1 Mk.  
 Besondere Vorzüge: 2 am Theater-Dur.

Jeden Sonntagabend  
**Eisbeine**  
 Sonntag abends 7 1/2 Uhr. Preis 5 Pf. bis 1 Mk.  
 „Brandenburger Quelle“  
 Brandenburgerstrasse 23  
 Friedrich Mellich.

Neueste Modelle Möbel, Tisch-  
 schränke, Kinderwagen  
 von Hermanns-Strasse 20, Wahler.

**Müte**  
 neueste Modelle  
 Filz, Plumes, Chenille.  
 am billigsten  
**Carissplatz 3, Filzschuhen**  
 1 Creppe.  
 in allen Größen zu billigsten Preisen.

**Konfektionshaus Zorlig**  
 nur  
 21 Friedrich-Wilhelmstrasse 21.  
 Paletots von 9.00 Mk. an bis 30 Mk.  
 Joppen von 5.00 Mk. an bis 20 Mk.

Bei geringem Petroleumverbrauch erhält man durch meinen  
**Kapital-Brenner.**  
 Derselbe passt auf jede Tisch- und Hänge-Lampe.  
 Preis pro Stück 1.75 Mk., mit Glöckchenrand 2.25 Mk.  
 Tischlampen von 95 Pf. bis 8 Mk. Hängelampen von 3.50 bis 12 Mk.  
**Spezial-Geschäft für Haus- und Küchengeräte**  
**Robert Kornmann,**  
 nur Friedrich-Wilhelmstrasse 50.

Empfehle mein  
**Barbier-Geschäft**  
 den Lesern der „Volkswacht“ einer  
 geneigten Beachtung.  
**Rudolf Kaiser,**  
 Klosterstrasse 143.  
 Volkswacht mit Wiggblatt liegt aus.

**Hermann Nothenberg**  
 19 Scheitnigerstrasse 19.  
**Spezial-Offerte:**  
 Trikotasen - Strümpfe  
 Pelzkolliers - Handschuhe  
 — Enorm billige Preise.

**Jung. Hirschfleisch,**  
 Rehkechfleisch,  
 Kaninchen,  
 halbe Hasen und Läufe  
 empfiehlt  
**Heins Widhandlung,**  
 Bittoriastr. 112.

**Freireligiöse Gemeinde, Freiburg.**  
 Sonntag, den 5. November, nachmittags 3 1/2 Uhr, im  
 Gasthof „Zum Kronprinz“: VORTRAG des Herrn  
 Tschirn aus Breslau. Entree 10 Pf. Der Vorstand.

**Sozialdemokratischer Verein**  
 für Breslau und Umgegend.  
 Montag, den 6. November, abends Punkt 8 Uhr  
 im Zimmer 2 des „Gewerkschaftshauses“  
**Mitglieder-Versammlung.**  
 1. Partei und Gewerkschaften. Fortsetzung der  
 Diskussion.  
 2. Vereinsangelegenheiten.  
 Um zahlreichen Besuch bitten  
 Der Vorstand.

**Gasthof „Zur Eisenbahn“**, Brüder-  
 Strasse 31.  
 Sonntag u. Sonntag: Musikalische Unterhaltung.  
 Jeden Sonntagabend: Eisbeine. Inb.: Karl Ulrich.

**„In freien Stunden“.**  
 Illustrierte Roman-Bibliothek, Heft 10 Pfennige.  
 Durch die Expedition und Kolportage zu beziehen.

**Breslauer Gewerkschaftshaus.**  
 Sonntag, den 5. November 1905:  
**2. Stiftungs-Fest**  
 der  
**Liedertafel „Trene“ (Breslauer Holzarbeiter)**  
 Mitglied des Schlesischen Arbeitersänger-Bundes  
 bestehend in  
**Vokal-Konzert, humoristischen Vorträgen, Theater**  
 und darauf folgendem **Fest-Kränzchen.**  
 Anfang 8 Uhr. Anfang 4 Uhr.  
 Programme im Vorverkauf 50 Pf., an der Abendkasse 40 Pf., Samstags 50 Pf.  
 Freunde und Gönner des Vereins sind hierdurch freundlichst eingeladen.  
 Der Vorstand.

**Bruno Rosenthal**  
 Handarbeitsschuhwaren-Fabrikation  
 Breslau, Schmiedebrücke 57  
 empfiehlt seine überaus beliebten  
**Damen- Herren-**  
**stiefel stiefel**  
 zum Schnüren von 5.35 an. Solide und gut von 6 Mk. an.  
 „Sandwich“ v. 6.75 an. Handarbeit von 8 Mk. an.  
 Schnallenstiefel v. 2.50 an. Schnallenstiefel v. 3 Mk. an.



**Nähmaschinen**  
 bestes Fabrikat, staunend billig.  
 Breite von 50 Mt. an. 5 Jahre Garantie.  
 Teilzahlung gestattet. Reparaturen all. Systeme.  
**R. Kühn,**  
 Laurenti-Strasse Nr. 53.

**!! Frauen gebt Acht!!**  
 Mehrere hundert warme, wollige Halbhülsen stellen  
 zum Anverkauf. Jedes Stück statt früher bis 8.75.  
 jetzt für 3.95 Mt. [3074]  
**Albert Fuchs, Schneiderstrasse 49.**

**Genossen! Gewerkschaftler!**  
**Breslauer Schuhmacher-Genossenschaft**  
**Schuhwaren-Lager**  
 für Herren, Damen und Kinder.  
**Reparatur-Werkstatt**  
 Auf Wunsch werden Reparaturen abgeholt und zugestellt  
 Büttnerstrasse 7. — Friedrich-Wilhelmstrasse 93.  
 Der Vorstand.  
 Paul Chater. Paul Lange.

**Gebr. Taterka**  
 Breslau, Ring 47.

Sehr billige, aber streng feste Preise!  
 Gebr. Taterka, Breslau, Ring 47.

Spezial-Haus  
 für  
 Herren- u. Knaben-Garderobe

Herren-Paletots von 20 Mark an.	Herren-Anzüge von 21 Mark an.	Herren-Hosen von 4,50 Mark an.	Herren-Joppen von 6,50 Mark an.	Gummi-Mäntel von 18 Mark an.
Knaben-Paletots von 6 Mark an.	Knaben-Anzüge von 4,50 Mark an.	Knaben-Hosen für das Alter v. 2-8 Jahr. nur 1 Mark.	Knaben-Capes von 5 Mark an.	Knaben- Samt-Anzüge in sehr sparten Façons.

Sehr billige, aber streng feste Preise!  
 Gebr. Taterka, Breslau, Ring 47.



Verfahren (Reinigungsverfahren in der Redaktion) weiter beschreiben.

Die letzte Denkschrift zur Justizreform ist rehabilitiert. Dort steht man doch wenigstens an einigen Beispielen den furchtbaren hässlichen Terrorismus der Arbeiter zu beweißen. Der erste Teil der Denkschrift ist der Parteivorstand hat beschlossen, daß dem sei - Punktum! In Wahrheit handelt es sich um bloße Wahnbewertungen, die deshalb nicht Wirklichkeit werden, weil sie immer wiederholt werden. Die zweite Wiederholung derselben Einbildung ist wieder das Wesen der Wahnbewertungen.

Was ist die einfache Tatsache? Und sind überhaupt nur zwei Beschlüsse über die Salzung des „Vorwärts“ beizubringen?

Die „entsprechenden“ von Bebel angeregten Beschlüsse nach Dresden - die Denkschrift drückt sich wirklich in so dunkler Weise aus - bestanden in dem anstehenden Reformvorschlag: daß der „Vorwärts“ über Parteifragen alle Stimmen der Parteipresse und in größerem Umfang die Meinungen der bürgerlichen Presse zu bringen habe. Der erste Teil des Beschlusses war in dieser Form unzulässig, wie sofort von der Mehrheit betont wurde. Die Folgen des Beschlusses zeigten sich bald: Der „Vorw.“ wurde demnach mit parteigegenständlicher Polemik überschrieben, daß aus der Mitte der Parteigenossen und Aufsichtsinstanzen mit Recht energischer Widerspruch gegen den Unsinng erhoben wurde. Folge: Wir lebten, gerade im Sinne unserer Berliner Parteigenossen, in der früheren Praxis zurück, in kritischer, anschaulicher und objektiver Form über die Parteifragen zu berichten. Das war unsere Unveränderlichkeit - in dem Selbstbewußtsein, das Vernünftige zu tun. Was diese „entsprechenden“ Beschlüsse nach Dresden und ihr Glas so anders machen aber mit den labelhaften Richtungen im „Vorwärts“ zu tun haben, wissen die Wähler, und vermutlich auch sie nicht. Die Nichterfüllung dieser Beschlüsse, wahrheitsgemäßer und tendenziöser Berichterstattung über die Meinungen der Parteipresse und das innere Leben der Partei wurde natürlich von uns nicht erfüllt, bis auf jenen Fall der letzten Zeit, wo uns der Parteivorstand gewalttätig hinderte, auch nur eine Zeile über die parteigegenständlichen und bürgerlichen Pressekritiken zum „Vorwärts“-Konflikt zu veröffentlichen. Der Parteivorstand selbst verlegte also gräßlich die „entsprechenden“ Beschlüsse nach Dresden, und zwar nicht nur soweit sie unzulässig, sondern auch soweit sie notwendig und selbstverständlich waren.

Der zweite Fall betrifft die seltsame Veranstaltung der Parteifunktionäre am 17. Juni 1905. Der Beschluß, der damals angenommen wurde, lautet merkwürdig genug (dem Inhalt nach): „Daß der „Vorwärts“ im Sinne der Ausführungen des Genossen Bebel's geführt werde.“ Die Ausführungen des Genossen Bebel in jener Sitzung sind nicht schriftlich fixiert worden. Manen kurzem wird also niemand mehr wissen, was Bebel damals ausgesprochen hat. Und da zufälliger Weise außer Stadthagen kein Mitglied der jetzigen Redaktion in jener Sitzung anwesend war, wissen diese Mitglieder also ganz und gar nicht, wie sie eigentlich gemäß jenen Beschlüssen zu denken hätten! Was hoffentlich nicht zu argen Entgleisungen führt!

Die Veranstaltung vom 17. Juni war dem Neben-Barnim, das heißt vom Genossen Stadthagen arrangiert, der aber die Angelegenheit hat, die Vaterschaft für seine Anregungen nach Möglichkeit zu verteidigen. Stadthagen hielt auch die große Anklage gegen die Mehrheit der Redaktion, und er bemühte sich sogar, unserem Verlangen nach greifbaren Beispielen nachzukommen, indem er allerlei Unzusammenhängendes aneinander reihete: er hatte, wie er selbst sagte, vor der Sitzung nur ganz flüchtig den „Vorwärts“ durchgesehen, und dieses Studium genügte, um ein sicher vernehmendes, leider nur ganz forumpiertes Material gegen uns und unsere lange aufreibende mühselige Arbeit zusammenzuschaffen. Wir hatten keinen Anlaß, Stadthagen ernst zu nehmen, als ihn alle anderen Parteigenossen zu nehmen pflegen. Da griff Bebel ein - mit einer ebenio flammenden wie unüberhörlichen Rede. Tendenz: Die ganze Richtung paßt uns nicht. We er aber auf kontreie Fälle einging, gab er gegenüber den Angriffen Stadthagens uns fast überall recht. So billigte er z. B. durchaus die vom Vertreter Neben-Barnims bestrittene Salzung des „Vorwärts“ im Vergleichenstext. Der Widerspruch in Bebel's Rede zwischen dem allgemeinen beweislosen Angriffen und der Verteidigung der wichtigsten konkreten Fälle war unauflösbar. Wir konnten aber selbst sehr wohl die erwähnte Resolution akzeptieren; denn wir hielten die Ausführungen Bebel's, soweit sie gegenständlich waren, für zutreffend, und mit der allgemeinen Anklage konnten wir nichts anfangen. Die Redaktion selbst brachen dagegen, als aus der Zone der Kontroverse heraus die Zurückziehung der Resolution gemahnt wurde, eine Freilegung, der übrigens Bebel selbst widerstrebt. Die ganze Verhandlung war nach der Erklärung des Vorsitzenden nur als eine freundschaftliche Auseinandersetzung gedacht. Von irgend welchen Personenveränderungen war keine Rede. Und von familiären Streit zur Klärung der Angelegenheiten war überhaupt nur ein Wort zu hören, das zur Sprache gebrachten Fällen bezieht.

Was die Berliner eigentlich mit ihren nicht klar zum Ausdruck gekommenen Beschwerden meinten, wurde uns mehr aus ruhigen Überlegungen deutlich. Sie verworfen die formelle Zurückziehung, die von der Mehrheit der Redaktion in allen inneren Parteiverfahren geübt wurde. Es hieß: Reduzieren in diesen Fragen die Beschlüsse, welche ihr mocht, aber schlagt erdenklich dreimal! Wir mußten uns gerade in letzter Zeit sagen, daß die Berliner Genossen bei ihrer Auffassung von einem richtigen Gefühl hätten leben lassen. Wir glaubten bisher, daß gewisse gemeinsame Beschlüsse für alle Urteilsinstanzen an sich geltend zu Grunde gehen würden. Wir wurden aber schließliche gewahrt, daß unter bestimmten Umständen unter bestimmten Umständen, die Kommuniker drohten den Markt zu überfluten. So entschlossen wir uns endlich, auch „ruhiger“ zu werden, ganz im Sinne der „Meinung der Berliner“. Zugleich traf unsere „Rückblick“ aber jene keine Clique verächtlicher Gegner, die nun verdoppelte Anforderungen gegen uns machte.

Es begann nunmehr ein unerbittlicher Kampf gegen uns, dessen Verlauf erst jetzt klar zu Tage tritt, dessen Ende erst jetzt richtig beschreiben werden können.

Am 17. Juni 1905 wurde auf uns wegen unserer Kritik an dem Roland-Hoffmann'schen Buche veranlaßt uns, Parteivorstand, Pressekommision und Vertrauensleute um eine gemeinsame Beschlüsse zusammenzufassen zu erlauben. Man stimmte uns fast einmütig zu. Ein ruhiger Teilnehmer sprach dann, man bringe den Beschlüssen ja förmliche Dotationen bei, man wolle wohl den 17. Juni wieder gut machen. Die bekannte Protesterklärung der Selbstschutts-Hilfskommission wurde verurteilt und verworfen. Die Redaktion der „Vorwärts“ beklagte sich demgegenüber über den Beschlüsse und die Urteilsinstanzen der Berliner. Nach der Sitzung wurde Stadthagen, der anwesend war, zur Rede gestellt, weil er nicht zur Teilnahme an der Sitzung berechtigt sei. Die die Hebererhebung herrschte dann zwischen den Funktionären der Berliner Parteigenossen und der Mehrheit der Redaktion in der Frage der Tagesordnung des Parteivorstandes. Eines der Bremen stimmte in gemeinsamer Beschlüsse mit den Anregungen der Redaktionmehrheit überein, die Schulfrage auf die Tagesordnung zu setzen. Auch die Unterstützung der Wahlrechtskommission wurde für dringend erachtet. Bebel bestimmte diese Beschlüsse: die Schulfrage fand er nicht dringend. Die wurde aber in Bremen auf der Vertrauensleute behandelt, und nun fand Bebel, daß die Vertrauensleute geübt über geforderten habe, als der Parteitag. Gegen die Behandlung der Wahlrechtskommission wollte Bebel („Neue Zeit“ Bd. 22, S. 744) ein: „Das geübte oder geführte Anrecht auf das Wahlrecht zum Gegenstand einer Debatte auf dem Parteitage zu machen, wäre ein großer taktischer Fehler, den kein Parteitag, am wenigsten eine Partei, machen darf.“ Ein Jahr später, im Juni, trat er in unbedenklicher Rede diesen großen „taktischen Fehler“.

Dieses Unzulänglichkeiten bewies Bebel, als die Vertrauensleute des „Vorwärts“ für Jena die besondere Behandlung der

weitschweifigen Wandlungen ansetzte. Die Redaktion war schon damals über die verhängnisvollere Bedeutung der schwebenden internationalen Konflikte unterrichtet. Gradauer machte in der von der „Denkschrift“ erwünschten Weise den entsprechenden Vorschlag. Bebel widersprach. Parteivorstand und Kontrollkommission lehnten darauf ab. Es ist aber eine Unmöglichkeit in der Denkschrift, als auch ein Mitglied des Parteivorstandes selbst den von der Redaktion dargelegten Anschauungen in weitem Maße bestimmte. Die Denkschrift trägt es jenseitig, daß trotzdem der „Vorwärts“ die Regierung aufrecht erhalten hat, ohne zu erwähnen, daß sie bereit ist in der Vorbereitung des Vorstandes und der Kontrollkommission abgelehnt worden sei. Die Denkschrift hätte nicht den wichtigsten Umstand verschweigen sollen, daß in jenem Artikel auch die Tatsache nicht erwähnt worden ist: daß der „Vorwärts“ die Anregung aufrecht erteilt, nachdem in gemeinsamer Beratung von Berliner Vertrauensleuten und Redaktion gegen den Widerstand zweier anwesender Vorstandsmitglieder der Vorschlag der politischen Redaktion fast einstimmig zum Beschluß erhoben wurde. Tatsächlich haben dann vier Berliner Wahlkreise den Vorschlag der Vertrauensleute und der „Vorwärts“mehrheit für den Parteitag zum Antrag erhoben. Und Bebel selbst hat dann in Jena die von ihm abgelehnte Anregung der Redaktion selbst übernommen, als er in dem großen Monolog seiner Vertrauensleute diese Fragen dennoch zu behandeln versuchte.

Wir hatten uns allerdings die Erörterung der Frage anders gedacht und hatten gemeinsam mit den Berliner Genossen Kautsky als Referenten ins Auge gefaßt.

In jüngerer Harmonie und erhebender Begeisterung verließ endlich jene schauerliche Stimmung, die auf Anregung der Redaktion im Arbeit und der Berliner Genossen veranlaßt wurde. Alle diese Ergebnisse waren Vertrauensleutenabteilungen für die Redaktionmehrheit und sie stehen im vollständigen Widerspruch zu der Darstellung der Denkschrift, als ob zwischen den Berliner Genossen und uns ein dauernder Konflikt bestanden hätte.

Aber unsere fruchtbare Arbeit war für unsere Gegner ein Grund mehr, ihr Spiel gegen uns zu verschärfen. Stadthagen und Genossen arbeiteten. Pängst bestand zwischen der Redaktionmehrheit und unseren Gegnern in der Partei ein intimes Verhältnis. Das Ergebnis dieser geheimen Wühlereien war jene Pressekommisionssitzung vom 1. September.

In dieser Sitzung erschien nämlich Stadthagen, er sprach sich als „Angeklagter“ so lange er - bis vor einigen Jahren - die juristische Sachkunde abhielt, sich gegen Beschwerden zu verantworten hatte. Niemand in der Redaktion hat bisher davon erwidert, daß Stadthagen bereits seit 1893 Redakteur des „Vorwärts“ sei. Er fungierte bisher gegen festes Gehalt als juristischer Beistand und war früher als Redakteur in der Redaktion. Als Redakteur übte er ebensowenig wie die anderen Redakteure, die gleichfalls festes Gehalt beziehen. Jeder redaktionelle Beitrag wurde ihm honoriert, was nicht geschehen wäre, wenn er Redakteur gewesen wäre. Ein kollegiales Zusammenarbeiten mit ihm kam also bisher für uns nicht in Frage. Die Behauptungen der Denkschrift in dieser Hinsicht sind völlig phantastisch. Wären wir freilich geneigt, daß Stadthagen sich schon seit 1893 als Redakteur fühlte, so würden wir über seine fortgesetzten wüsten Angriffe gegen uns wesentlich anders gedacht haben.

### Presstimmen zum „Vorwärts“-Konflikt.

#### „Hamburger Echo“.

(Am Schluß eines sehr langen Leitartikels, in welchem beiden Teilen Fehler nachgewiesen werden.)

Wir bedauern, daß wieder ein so unangenehmer Streit in der Partei entbrannt ist, der nur zu leicht zu deren Schaden ausschlagen kann und vor allem occasion ist, die durch einseitigen Beschluß des Jenaer Parteitag's eben gedämpfte Feinde von neuem ausflammen zu machen. Die Resolution der Fünfkörperkommission hat dem Parteivorstande ausdrücklich die Pflicht auferlegt, auf die Beobachtung der Beschlüsse hinzuwirken. Er hat laut Organisationsrat ebenio die Pflicht, die prinzipielle Haltung der Parteiorgane zu kontrollieren. Das legt ihm gleichzeitig auch die Pflicht auf, wo die prinzipielle Einheitlichkeit einer Redaktion in die Brüche geht, dafür zu sorgen, daß sie wieder hergestellt wird. Wenn wir also darin grundsätzlich mit dem Parteivorstande einverstanden sind, so können wir leider der Art des Vorgehens in Bezug auf den „Vorwärts“ aus den oben angeführten Gründen im einzelnen nicht zustimmen.

Wer wie die Sozialdemokratie in allen Kämpfen der Arbeiter gegen die Unternehmern auf das Solidaritätsgefühl mit Recht so großes Gewicht legt, der kann doch kaum ablehnen, daß die zusammenhaltenden Kollegen in einer Redaktion es geschehen lassen, daß man einige von ihnen - und zwar gerade die Widerständigen - weadränat, um die doch nach der Meinung der Betroffenen von der richtigen Auffassung geleitete Mehrheit zu zwingen.

#### „Volksblatt“ in Cassel:

Wir bringen die vom Parteivorstand und der Berliner Pressekommision unterzeichnete Denkschrift heute zum Abdruck. In Länge läßt sie gewiß nichts zu wünschen übrig, um so mehr an der Aufklärung von Gränden, die das den sechs Vorwärtsredakteuren gegenüber beobachtete Verfahren rechtfertigen könnten.

Je mehr wir uns in die Schrift vertiefen, um so unbegreiflicher wird uns die ganze Affäre. Wir verstehen nicht, daß unter der Leitung von alten, in jahrelangem Arbeit bewährter Genossen, die das Vertrauen und die ungeheure Hochachtung von Hunderttausenden genießen, diese Aktion durchgeführt werden konnte.

Glücklicherweise sind die Berliner Pressekommision und der Parteivorstand nicht die Partei. Diese kann von keinem Menschen für das Berliner Verfahren verantwortlich gemacht werden, wenn sie dasselbe ausdrücklich in ungewöhnlicher Weise mißbilligt. Das aber wird sie hoffentlich recht bald tun. (Das Blatt verlangt am Ende einen außerordentlichen Parteitag.)

#### „Tribüne“ in Erfurt.

Um was es sich in dem vorliegenden Beschlusse, geht aus den Darlegungen des Parteivorstandes hervor. Es ist zweifellos richtig, daß die Angeklagten der Partei unter allen Umständen gehört werden müssen, wenn es sich um ihre Ehre oder Verdiensten darin handelt. Es wäre unerföhrt, wollte man wie private Unternehmern einfach schlichte Entlassungen verfügen. Eine für den Betroffenen unbedingte Freizügigkeit der Verteidigung vor den Instanzen der Partei und rüchhaltiges weitere Verhandlung muß unter allen Umständen dem im Punkte der Partei Strebenden gewährt werden. Das Recht der Instanzen, dann über seine Tätigkeit zu oder so zu verfügen, bleibt unangestastet. Man sollen die Ausschikorene des „Vorwärts“ das elementare Prinzip der offenen Verhandlung mit den Betroffenen verlegt haben. Der reinen Form nach mag das richtig sein, der Sache nach nicht! Es ist ungewissheit, daß zahllose Verhandlungen mit den Redakteuren betr. einer konsequenter Haltung des „Vorwärts“ stattgefunden haben, die aber so völlig ergebnislos in Bezug auf eine Aenderung des unzulässigen Verfahrens blieben, daß sich, ohne in den Personen Aenderungen einzusetzen zu lassen, wirklich eine noch malige Verhandlung erübrigte. Wir können nicht annehmen, daß die Berliner Instanzen, bei denen es sich um mehr als 80 meist alle, über aber mehrere Vertrauensleute der Partei handelt, ohne weiteres hier ungerecht verfahren haben.

### „Wetzlarer Volksstimme“ in Forst.

Der Parteivorstand hat zugegeben, daß an den Sitzungen der Pressekommision und des Parteivorstandes die Redaktion nicht hinzugezogen wurden. Er hat damit zugegeben, daß ein wirklich sachlicher Beschluß nicht möglich war, denn man kann nicht sachlich urteilen über jemand, den man nicht angehört hat.

Und wenn dann Parteischlichter, denen es heute in jeder Beziehung besser ginge, wenn sie ihre Gefinnung hätten brechen lassen, Einspruch erheben gegen derartige Maßnahmen, wenn sie die Solidarität der deutschen Arbeiterklasse anrufen, wenn sie, es zu sprechen in unserem Parteiprogramm, für das Recht der freien Meinungsäußerung auch innerhalb der Partei kämpfen, wenn sie das Recht beanspruchen, von ihren Genossen, für die sie nach bestem Wissen und Gewissen gearbeitet haben, gelobt zu werden, dann nennt das der Parteivorstand - Theaterdonner und Phrasen, dann erklärt der Parteivorstand, über diesen Appell an das proletarische Bewußtsein der breiten Massen „heiter zu lachen“. Nun haben nicht mehr Kommissionen und Ausschüsse, nun hat die organisierte Arbeiterschaft das Wort.

### Anhaltisches Volksblatt in Dessau:

Wenn man sich durch das Ganze hindurchgelesen, dann begreift man, warum der Parteivorstand solche Scheu vor der Öffentlichkeit hatte, denn selbst wenn er Recht hätte, gibt die Darstellung ein solches trauriges Bild von Verwirrung und - sagen wir es offen - Regierungsunfähigkeit, daß unsere Gegner nur wünschen könnten, diese unsere Berliner Parteigenossen bekämen einmal die Regierung in die Hand, weil dann in kürzester Frist das schönste Lohmabohr fertig wäre.

Wenn Parteivorstand und Pressekommision zum Schluß bedauern, daß sie getan haben, was sie im Parteinteresse für ihre Pflicht hielten, so glauben wir ihnen das, es wäre auch noch schmerzlicher, wenn sie das Gegenteil ihrer Pflicht tun wollten. Dasselbe sind sie in ihrem Amt. Aber ihre Pflicht erkannt haben sie nicht, sie sind vielmehr einer erblichen Verirrung angeheimgelassen.

### Brandenburger Zeitung.

Damit die Genossen über unsere eigene Stellungnahme nicht länger im Unklaren bleiben, erklären wir, daß wir uns nicht an die Seite des Parteivorstandes und der Berliner Pressekommision zu stellen vermögen, da nach unserer Meinung deren „Denkschrift“ keine eswegs von dem Vorwurf entlastet, sondern denselben vollstätt bestätigt, daß die genannten Parteinstanzen einen mit allen bisherigen parteigegenständlichen und gewerkschaftlichen Grundsätzen absolut unvereinbaren Standpunkt des „Herz im Hause sein“ eingenommen haben, einen Standpunkt, den selbst etwas einsichtigerer bürgerliche Unternehmer ja bereits angegeben haben.

### Breslauer Nachrichten.

Breslau, den 8. November

### Breslauer Stadtverordnetenversammlung.

Die gestrige Sitzung begann mit der feierlichen Amtseinführung des wiedergewählten Stadtrates Giesel in sein Amt. Nachdem in die Tagesordnung eingetreten, referierte Stadtverordneter Friedenthal über die Magistratsvorlage betr. Verteilung der Sparkassenüberschüsse. Es ist vorgeschlagen, den Ueberschuß von 521,500.70 M. wie folgt zu verteilen:

1. für das allgemeine Sicherheitsvermögen 260,750.35 M.,
  2. für die mit der Sparkasse verbundene Alterssparkasse 20,000 M.,
  3. für die Sparkasse a) an St. Bernhardin 800 M., b) zum heiligen Geist 800 M., c) zum heiligen Grab 1100 M., d) zur Ehrenworte 700 M., e) an der Neustadt 800 M., f) für alte hilflose Diensthofen 550 M.,
  4. zur Verteilung an wohlthätige Vereine und Institutionen 20,000 M.,
  5. für die Ferienkolonien 3000 M.,
  6. zum Erwerb von Aktien und Obligationen der Hallenschenbad-Aktien-Gesellschaft 75,000 M.,
  7. für die Verwaltung des Volksschulwesens u. Schulhausbauten z. 198,000.35 M.
- Der Referent schlägt vor, die Punkte 4 und 6 dem Finanzausschuß zu überweisen. Nach kurzer Debatte beschließt die Versammlung demgemäß.

Für notwendige Bauten im „Kinderhort“ wird die Summe von 1000 M. bemilligt.

Zur Bewachung der städtischen Ländereien und des städtischen Eigentums im Gebiete der städtischen Grundwasseranlage wird ein zweiter Wächter angestellt.

Für die an dem Melkovoltheater nördlich der Verbindungsstraße, zwischen Neue Schweinitzstraße und Hölzchenstraße, vorüberführende neue Straße soll eine neue Pflanzlinie hergestellt werden, daß die Straße 15 Meter breit wird. Die Vorlage wurde dem Bauausschuß überwiesen.

Der Magistrat beantragt von der Erhebung der Stallgebühren im Schlachthof in Zukunft Abstand nehmen zu dürfen, wegen der hohen Kosten, welche die Fleischer schon zu tragen haben. Die Versammlung stimmt dem Antrage zu.

Eine ganze Reihe von Staatsverpflichtungen werden beattellos genehmigt. Von der Verwaltung des Volksschulwesens wird eine Staatsverpflichtung von insgesamt 19,212.88 M. beantragt. Der Berichtsratter, Stadtv. Dr. Fischer, beantragt die Ueberweisung dieser Forderung an den Schul-Ausschuß, indem er eine einnehmende Begründung der Staatsverpflichtungen für notwendig hält.

Bei der Vorlage betr. Staatsüberfretungen im Kunstgewerbe-Museum fragt Stadtv. Fingier nach dem Verbleib der bekannten Krummhölzeler Bauernstube. Nachdem Stadtrat Milch die Auskunft gegeben, daß die Bauernstube einstweilen noch in Verwahrung sich befindet, bis in absehbarer Zeit eine Erweiterung des Museumsgebäudes möglich sei, wurde die Vorlage genehmigt.

21,875 Hologramm aller Aktien sollen zum Einflampen verkauft werden. An öffentlicher Ausschreibung sind 8 Angebote eingegangen, deren höchstes von der Firma Emil Ephraim mit 1471.57 M., das zweit höchste von der Firma Emil Hellingner mit 1421.75 M. kam. Der Magistrat beantragt, dem zweiten Bietenden den Zuschlag zu erteilen, da seine Zuverlässigkeit in Bezug auf Geheimhaltung der betr. Aktienliste erprobt sei, während man die Firma Emil Ephraim nicht kenne. Stadtv. Ollendorf beantragt, dem Zweitbietenden den Zuschlag zu erteilen. Nach längerer Debatte wurde miter Ablehnung des Antrags Ollendorf der Magistratsantrag angenommen.

Der Magistratsantrag, mit dem Eisenbahnstus städtisches Gelände an der Eisenbahnunterführung an der Götzenstraße auszutauschen, fand beattellose Annahme.

Nachdem zwei kleinere Vorlagen ohne Debatte genehmigt wurden, referierte Stadtv. Ollendorf namens des Finanzausschusses über die Magistratsvorlage betreffend Ververgung der Luftbarkeitssteuerordnung. In dem Nachtrag ist vorgeschlagen, daß für gewerksmäßig betriebene Vorträge auf einem Klavier oder sonstigen Musikinstrumenten in Gast- und Schankwirtschaften nach der Zahl der mitwirkenden Personen für den Tag 1 M., mindestens jedoch 2 und höchstens 6 M. Steuer entrichtet werde. Ferner wird bestimmt: Für den Betrieb eines musikalischen Musikinstrumentes (Orchestrion, Spieluhren und dergleichen) in Gast- oder Schankwirtschaften seien vierteljährlich 15 M. Steuer zu zahlen. Stadtv. Weide beantragt, diesen letzten Satz zu streichen. Die Galstorte hätten von den kleinen Musikinstrumenten, die an der Wand hängen und für 5 Pfennig Musik machen, im Vierteljahre vielmehr 1 M. Steuer verdient und sollten dafür 15 M. Steuer zahlen. Das sei eine Ungerechtigkeits. Im übrigen sei das aber auch keine „Luftbarkeit“, wenn sich einer der Gäste durch Einwurf eines 5 Pfennigstückes ein musikalische Unterhaltung beschaffe. Stadtkammer Rathes verteidigt die Vorlage mit dem Hinweis, daß die Musikinstrumente die ganze Nachbarschaft hören. Außerdem sei kein Ausweg, sondern eine Klarer und verbiete fürwährend die

Bestimmung. Nach der Oberbürgermeister meint, daß die mechanischen Aufnahmegeräte im Interesse der musikalischen Fortbildung beschafft werden müßten. Nach längerer Debatte wird der Antrag Weide auf Streichung des betreffenden Absatzes gegen einige konservative und die beiden sozialdemokratischen Stimmen abgelehnt, ebenso ein Antrag Hain auf Streichung der Steuer auf 10 Mark vierteljährlich. Schließlich wird mit großer Mehrheit die Magistratsvorlage entsprechend dem Ausschussantrage angenommen.

Mittels Dringlichkeitsantrag wurde dem Magistrat die Ermächtigung gegeben, bei dem Verträge mit dem Pflanzlichen Institut der Universität von der im § 6 Absatz 8 der Stromlieferungsbedingungen erforderlichen Garantie eines Mindestverbrauchs von 7000 Watt Wert Abstand zu nehmen.

Ein weiterer Dringlichkeitsantrag setzt den Fluchtlinienplan für die Kupferstraße und keine Fluchtlinie zwischen Kitzbühelstraße und Neumarkt fest und zwar für die Grundstücke Neumarkt Nr. 1 und 45, Kupferstraße 60-61 bis einschließlich 68, 64, 65 sowie Nr. 1 bis 8 und keine Fluchtlinie 1 bis 12. Durch diese neue Fluchtlinie sollen in Zukunft die Häuser der Kleinen Fluchtlinie ganz verschwinden, so daß die nach der Albrechtstraße zu gelegene Front dieses Ganges als Front der Kupferstraße in Frage käme und an Stelle des alten engen Häuserblocks ein freier Platz entstünde. Der Bericht erstatter Herr v. empfahl die sofortige Annahme der Vorlage, und die Versammlung beschloß demgemäß.

Ebenfalls als dringlich wurde der Antrag behandelt, das kürzlich in der Gemarkung Wolkwitz erstandene Grundstück einzuweisen an den Verkäufer zu verpachten. Auch dieser Antrag wurde genehmigt.

Stadtv. Breslauer berichtete alsdann über den Antrag auf Beitritt zum Deutschen Städtebund, den er mit Rücksicht auf die bekannten städtefremden Tendenzen unserer Regierung dringend beschleunigte. Stadtv. Fingert äußerte Bedenken bezüglich der Kostenfrage und beantragte Ausschussberatung. Die Kosten seien außerordentlich niedrig bemessen, jedoch Rände zu erwarten, daß dieselben sich als viel höher herausstellen würden. Außerdem sei in dem Statut die Vertretung der Städte mangelhaft geregelt. Für eine Kommune wie Breslau, die auf der Höhe der Zeit stehe, würde der Beitritt wahrscheinlich wenig Nutzen haben. Der Oberbürgermeister bekräftigt diesen Standpunkt. Die Städte könnten und müßten von einander lernen. Dazu seien die Städtebünde da. Nach weiterer Debatte zieht Stadtv. Fingert den Antrag auf Ausschussberatung zurück. Stadtv. Dr. Pender meint, er sei auch der Ansicht, daß die Städte von einander lernen müßten und hofft, daß der Magistrat durch seine Beteiligung am Deutschen Städtebunde lernen möge, daß für eine Großstadt wie Breslau schon längst die Teilung der ersten Wahlklasse in Bezirke notwendig gewesen wäre. Das habe der Magistrat bisher stets verweigert, da könnte er es bald nachholen. Der Referent nimmt davon Notiz, daß der konservative Stadtv. Fingert die Stadt Breslau als „auf der Höhe der Zeit stehend“ bezeichnet habe, trotzdem die Verwaltung in dem Maße des Liberalismus stehe. Die Magistratsvorlage wird schließlich mit großer Mehrheit angenommen.

Ebenfalls genehmigt wird der Magistratsantrag auf Ausschreibung der Stadt aus dem Bau-Berufsgenossenschaft und Übernahme der Versicherungspflichten auf die Stadt.

Nach Erledigung noch einiger unwesentlicher Vorlagen trat die Versammlung um 1/7 Uhr in eine nicht öffentliche Sitzung ein.

### Zentrums-Journalistik.

Eine ergötzliche Episode aus der Zentrumspresse verdient auch für unsere Leser festgehalten zu werden. Die „Neisser Bzg.“, das streitbare Organ des streitbaren Herrn Neisse, bringt folgende Notiz:

Ein offenes Wort spricht die Redaktion des katholischen Sonntagblattes für die Diöcese Breslau, welche seit einiger Zeit Herr Geistl. Rat Graf von Borkh leitete. Man liest da:

„Das kath. Sonntagblatt“ bringt gern Nachrichten aus der Diöcese. Jeder erhält es nicht ferdig, wie es wünschte. Oft auch sind es keine Nachrichten, sondern nur Lobprüche, die zugehend werden.“

Sehr wahr! Ein altes Gebübel. Es war bei uns immer „a la“! Man nehme sämtliche Jahrgänge des „Schles. Kirchenblattes“ in die Hand, wenige Bände ausgezogen, man lese die Berichte über Missionen, Primizien, Jubiläen usw. und man wird die Klage des Blattes sehr berechtigt finden.

Des Beispiels halber seien aus einem Berichte eines sehr bekannten Blattes über das hundertjährige Jubiläum einer Pfarrkirche folgende Sätze hervorgehoben:

„Das Gotteshaus wurde zu diesem Feste im vergangenen Sommer unter Leitung des Kunstmalers K. einer durchgreifenden Restaurierung unterzogen, welcher Aufgabe sich Herr K. in vorzüglicher Weise entledigt hat. Die stilvolle Malerei, in diskreter harmonischer Farbgebung durchgeführt, läßt auf den ersten Blick den Meister erkennen. Altäre, Kanzel und Kreuzwegbilder heben sich von derselben wirkungsvoll ab. Der Kreuzweg, von dem bekannten Kunstmaler Franz K. in München gemalt und in herrlichem Rahmen gefaßt, bildet eine hervorragende Zierde des Gotteshauses. Besonders aber fällt das neue Altargemälde, die Brotvermehrung nach Raffner darstellend und bis ins einzelne künstlerisch durchgeführt, durch seine plastisch wirkende Komposition und herrliche Farben auf. Dasselbe ging aus dem rühmlichst bekannten Kunstinstitut von W. in München hervor und bietet in seinem künstlerisch vollendeten, von K. entworfenen Rahmen einen entzückenden Anblick. Die Predigt wurde in wirkungsvoller Weise gehalten usw.“

Das „ein sehr bekanntes Blatt“ scheint die „Schles. Volksztg.“ gewesen zu sein, denn diese antwortet in folgender bissigen Form:

So die „Neisser Zeitung“ in Nr. 251 vom 31. Oktober. In der vorhergehenden Nummer (Sonntagsbeilage) derselben „Neisser Zeitung“ vom 29. Oktober konnte man folgendes lesen:

Generalversammlung des kath. Arbeitervereins Neisse. Die am Sonntag, den 22. Oktober, im „Schlesischen Hofe“ veranstaltete Generalversammlung des kath. Arbeitervereins erkannte sich eines außerordentlich guten Besuches. Ueber 350 Männer waren anwesend. Auch Herr Erzbischof Bischof, sowie mehrere Ehrenmitglieder, so u. a. Herr Stadtvorordnetenvorsteher Sloger, Herr Stadtapothekebesitzer Nitsch, Herr Schneidermeister Schwede beehrten die Versammlung mit ihrem Besuch. Der Herr Präses dankte vor allem Herrn Erzbischof Bischof für sein Interesse am Verein und allen jenen, die ihm bei der Vereinsarbeit treu zur Seite standen, ganz besonders dem Herrn Vizepräsidenten Lehrer Hartelt, den Vorstandsmittgliedern und den Vertrauensmännern, die auch in heraldischen Dankesworten des warmen Interesses, das Herr Erzbischof bei seiner Reise und die „Neisser Zeitung“ der Arbeiterklasse entgegenbringt. Es folgte hierauf der Rapportbericht des Herrn Kassiers, Tischler Rynast. Der Bericht ergab erfreuliche Kassensverhältnisse: Das Vereinsvermögen beträgt 7685.83 Mark. Sowohl der Herr Präses als auch die Versammlung dankte beiden Herren für ihre Mühe und Tätigkeit und ausgedehnte Geschäftsführung. Der Vorsitzende, Herr Tischler Hode, dankte mit herzlichen Worten dem Herrn Präses für die Aufopferung und Liebe, mit der dieser allzeit die Vereinsinteressen förderte.

Nicht genug damit! In der Nr. 251 der „Neisser Zeitung“ selbst — nur wenige Zeilen unter der freundlichen oben wiedergegebenen Bezeichnung — steht folgendes:

**Abends-Konzert.** Das für Sonntag, den 22. v. M., Abends 8 Uhr im Stadttheater angelegte große Abends-Konzert unter Leitung des aus dem Kreis der hiesigen Musikdirektoren Herrn Sidart, angeführt von hiesigen Militärlapellen der Garnison, nahm bei gutem Hause einen hochbefriedigenden Verlauf und fesselte das Publikum in besonderer Maße. In der Spitze des Programms war als Hauptwerk des Abends Beethoven's „Fünfte“ gesetzt worden. Da in einer der früheren Nummern der „Neisser Zeitung“ über dieselbe eine eingehende Analyse veröffentlicht worden war, so bleibt dem Referenten nur übrig zu konstatieren, daß dieselbe in allen vier Sätzen von den mitwirkenden Orchestermitgliedern unter der befundernden und sicheren Direktion des Scheidenden mit großer Präzision und rhythmischer Bestimmtheit ausgeführt wurde. Nachdem die letzten brandenden Klänge des Symphonies vorüber waren und das Publikum seine lebhafteste Zustimmung dokumentiert hatte, erschien auf dem Podium Herr Kapellmeister Slesier vom 33ten Infanterie-Regiment und überreichte dem in den wohlverdienten Ansehen stehenden Kollegen namens der Militärlapellen einen Lorbeerzweig von zierlichen Dimensionen mit Schleife und Widmung. Diese Ovation wurde von einem schmetternden Orchestersturm begleitet. Nach einer Pause von 10 Minuten brachte der zweite Teil des Programms eine Ouvertüre „Swail Polka“ (Polnische Brautwerbung) von Nowowiejski. Dieses mehr in die Breite als in die Tiefe gehende, in einer raffiniert modernen Instrumentation geschriebene Konzertstück wurde mit stichlicher Singabe und Bravour exekutiert. Dasselbe muß von der Flotte Wiedergabe der Chopin'schen As-dur-Polonaise Opus 28 gefolgt werden. Der geschickte Arrangeur hat die leichtflüchtigen Klavierpassagen in glänzende Orchesterliteratur umgewandelt und durch Gegenüberstellung von verschiedenen Instrumentalgruppen interessante Klangeffekte erzielt. Als musikalisches Schlußstück bot das Streichorchester allein eine Air aus D-dur-Suite vom Klaviermeister Sebastian Bach und ein sehr melodisch komponiertes Bagatelle aus der Suite „Pavane“ von Debussy, das infolge seiner subtilen Ausföhrung mit Recht vielen Beifall fand. Das Ende des Konzertes bildete der „Paster Karneval“ von Nizy, der eine äußerst frische und zugewandte Darstellung erfuhr und einen besonders wirksamen Abschluß bot. Mit großer Befriedigung kann der Scheidende, verdientvolle Dirigent auf seinen Ehrenabend zurückblicken. Langer, andauernder Beifall erscholl nach der letzten Nummer des Programms und bewunderte den herrlichsten Dant des erachteten Publikums.

Die „Schles. Volksztg.“ hat recht, wenn sie die „Neisser Zeitung“ auf solche Widersprüche festnagelt. Aber in jeder Nummer einer gut katholischen Zeitung kann man Duzende von ähnlichen Lobpreisungen auf die Herren, die Arbeiterversammlungen mit ihrem Besuch beehren, oder auf die wunderschönen Leistungen irgend eines „hochgeehrten“ Redners feststellen. Wir dürfen nur an die Katholikentage mit dem „stürmischen, sich wiederholenden Beifall“ erinnern. Aber Musterleser müssen die Leute sein, die sich derartiges alle Tage vorsetzen lassen, ohne daß ihnen übel wird.

**Gumboldt-Verein für Volksbildung.** Sonntag, den 5. d. M., Nachmittags 5 Uhr, wird Herr Oberlehrer Dr. W. H. L. am Turnsaal von Fräulein Lehnthalen, Feldstraße 14a, über das interessante Thema „Die deutsche Christ in Kampfe um Recht und Freiheit“ sprechen. Der Eintritt ist für jedermann frei; den Mitgliedern werden bis 5 Uhr gegen Vorweisung der Mitgliedskarte die ersten fünf Sitzreihen vorbehalten. — Der erste große Volksunterhaltungsabend wird Donnerstag, den 9. d. M., Abends 8 Uhr, im Konzerthaus-Saal unter dem Namen „Italien“ vor sich gehen. Es werden an demselben mit Liebesgaben erfreuten Fräulein Charlotte Valentin und Herr Arthur Habratt. Frau Thella Eißner wird passende Gebichte registrieren und Herr Dr. Eugen Miller, sowie Herr Hugo Markt werden die Instrumentalmusik vertreten. Eintrittskarten sind zu 10 Pf. für jedermann in zahlreichen, durch Plakate kenntlich gemachten Geschäften der Stadt zu haben.

**Volksvorstellung des Gumboldt-Vereins.** Sonntag, den 11. d. M., Abends 7 1/2 Uhr, wird im Thalia-Theater als Aufführung für Kinder die mittelste Subermann's wirkungsvolle Drama „Die Ehre“ in Szene gehen. Anmeldungen auf Eintrittskarten sind — nur schriftlich — an Herrn Eugen S. Bernhardt, VII., Sadowastraße 60, hochpart., zu richten, bei welchem dann Donnerstag, den 9. November, Vormittags 10-11 Uhr (nur zu dieser Zeit) die Ausgabe der zugewiesenen Eintrittskarten stattfinden wird.

**Volksheim des Gumboldt-Vereins.** Andersenstraße 31, I. Sonntag, den 5. November 1905, Abends 6 1/2 Uhr, findet ein interessanter Vortrag des Herrn stud. jur. Schlesinger über Japan, Land und Leute statt. Eintritt frei!

**Unter Blutverwandten.** Am 1. d. Mts. Abends geriet ein Neuborstraße 25 im vierten Stock wohnender Tischler mit seinem Vater in Wortwechsel. Der Vater ergriff eine Flacke und schlug seinen Sohn so heftig auf den Kopf, daß der Geschlagene gegen einen Tisch taumelte und eine brennende Lampe, die er hielt, explodierte. Die Flamme erfasste die Kleider des Mannes, der dadurch an ganzen Körper schwere Brandwunden erlitt. Der Hausmeister rief die brennenden Kleidungsstücke herab und erlitt dabei selbst Brandwunden, die ihm durch Feuererschelte verbunden wurden. Der schwer verletzte Tischler wurde in das Wenzel Handeltische Krankenhaus gefahren.

**Fabrikbrand.** In der Fugwollstrickeri von Emil Ephraim, Posenerstraße 46, geriet Mittwoch Nachmittags, kurz nach 4 Uhr, durch Selbstentzündung der Trockenapparate für Fugwolle mit seinen 16 Fenstern in Brand. Durch die hochaufliegenden Flammen wurde die Dachverschalung rings um den Saalraum stark angebrannt und mehrere Lichtfenster zerprungen. Der Brand wurde von der Feuerwehr durch die Gaspritze II und durch Wasser von zwei Hydranten aus gelöscht.

**Gefundene Sachen.** Am 29. v. Mts. wurden an der Oberböschung unterhalb der Gröschelstraße ein Damenjackett und ein Hut gefunden. Ob diese Sachen einer Selbstmörderin gehören, ist noch nicht festgestellt.

**Kabelbrand infolge Kurzschlusses.** Ueber den gestern stattgehabten Unfall auf der Großen Grochengasse, Ecke Hummeri, in dem Einseitigbau zur Kabelleitung des hiesigen Elektrizitätswerkes ist noch folgendes nachzutragen: An dieser Stelle erfolgte ein heftiger Knall, der die Stelle überdeckende Stein flog in die Höhe, zerbrach beim Verabfallen in Stücke, und eine zwei Meter hohe Flamme schlug aus der Verteilungsstelle heraus. Ein kleines Mädchen hatte die Stelle gerade passiert, und seine Kleider wären nahe von den Flammen ergriffen worden. Der an der Straßenecke postierte Schutzmann meldete den Vorfall sofort der Direktion des hiesigen Elektrizitätswerkes in der Kleinen Grochengasse, und alsbald waren Angehörige des Werkes unter Leitung des Betriebsinspektors von Hermann zur Stelle, die die Verteilungsstelle öffneten. Es zeigte sich, daß infolge Kurzschlusses ein Kabelbrand entstanden war, der die Vorrichtungen dieser Verteilungsstelle zum Teil zerstört hatte. Welches die Ursache des Kurzschlusses gewesen und an welcher Stelle diese gewirkt, konnte nicht festgestellt werden; dazu ist das angrenzende Trottoir in der Gr. Grochengasse etwa vierzig Meter weit aufgenommen, um durch Aufgraben der Kabel die schadhafte Stelle ausfindig zu machen.

**Zusammenstoß.** Am 1. d. M., Mittags, fuhren auf der Schweidnitzerstraße zwei Droschken so fest mit den Vorderreifen ineinander, daß es große Mühe kostete, sie wieder frei zu machen. Der Verkehr der Straßenbahn erlitt dadurch eine längere Störung. Am 30. v. Mts. rief auf der Döblauerstraße ein Rollwagen mit einem

Strassenbahnwagen zusammen, wobei der Vorderreifen fast vollständig wurde.

**Verhaftet** wurde durch die Kriminalpolizei der mit Hundehaus vorbeifahrende Herr Herrmann Kaschew wegen Diebstahls. Unter anderem hat er auch einen wertvollen schwarzgranen Wintermantel mit schwarzem Sammetkragen und schwarzeltemm Aufschläger gestohlen. Der Eigentümer werde sich im Zimmer 66 des Polizeipräsidiums.

**Feuer.** Am 1. d. M., Mittags, wurde die Feuerwehre nach Abwehrkräfte 21 gerufen. Anlaß zur Alarmierung hatte gerade gebrühter Brand gegeben. — Nachmittags entbrach in einem Keller Marienstraße 10 infolge Kabelbrandes ein bedeutender Brand, der vor Aufbruch der Feuerwehr gelöscht war.

**Verhaftet** wird seit dem 29. v. M. der 18 Jahre alte Alfred Nitsche, Goldene Rabengasse 23, seit dem 22. v. Mts. der Schlossermeister Eduard Gent, Kiebergasse 10.

**Diebstahl** Unfall. Ein 62 Jahre alter Arbeiter kam am 28. v. M. auf der Gröschelstraße zu Fall und erlitt einen Schädelbruch. Der Mann ist im Allerheiligen-Hospital gestorben.

**Diebstahl.** Aus der Wohnung eines Arbeiters auf der Döblauerstraße wurden zwei silberne Remontoirclocken und sehr viel, eine Milchpächterin eine kleine Kanne mit Milch, aus einem Schuppen am Herbarstraße Bahnhofs neue Hirschhölzer im Werte von 60 M., einem Schulmädchen auf der Neuborstraße durch ein etwa 12 Jahre altes Mädchen ein Portemonnaie mit 7.50 M., einem Friseurgehilfen in einem Lokal in Gröschel ein schwarzer Winterüberzieher mit schwarzem Futter, aus einem Bergnähgasthof in der Döblauer Vorstadt ein buntdruckener, glatter, mit feinen hellen Streifen kariertes Winterüberzieher mit viermal abgelepptem, schwarzgranem Futter, aus einem Buttegeschäft auf der Werderstraße durch einen Knaben 18 Mark gestohlen. — Einem 79 Jahre alten Arbeiter wurden auf der Schußbrücke durch einen jungen Durschen 5 Mark entzogen.

**Polizeiliche Meldungen.** In das Polizeigefängnis wurden am 1. d. Mts. 27 Personen eingeliefert. — Gefunden wurden: eine goldene Damenuhr und eine rotbraune Boa. — Abhandelt kamen: eine silberne Damenuhr, ein Zwanzigmarkstück, ein goldenes Anhängelöcherchen, ein goldener Damenring mit einem roten Stein und zwei Opalen, ein goldener Stiegelring mit einem Achat, ein Portemonnaie mit 90 M., und eine Damenanhängelochse aus Goldblech. In der Tasche befand sich ein goldenes Portemonnaie mit etwa 20 M., und ein Taschentuch. Für die Wiedererlangung der Tasche sind 100 M. Belohnung ausgesetzt.

### Aus Schlesien und Posen.

#### Oberschlesien und Rußland.

Nach einer Erklärung des Polizeidirektors und des Generaldirektors in Sosnowice, die auf eine seitens der Eisenbahndirektion Katowice an dieselben gerichtete Anfrage ergangen ist, kann eine Wiederaufnahme des Eisenbahnbetriebs zwischen Sosnowice und Katowice wegen Fortdauer des Ausstandes der Eisenbahnbediensteten nicht erfolgen; es sei auch nicht abzusehen, wann der Betrieb wieder eröffnet werden kann.

Eine regelmäßige Postverbindung zwischen Myslowitz, wo allmählich Vormittags die Postkutschen durch zwei russische Postbeamte abgelöst und unter militärischer Bedeckung von Mobsowice mittels Wagen nach Sosnowice gebracht werden, ist nun hergestellt, und die erste Gegenendung von Warschau aus ist bereits eingetroffen.

Gestern wurden seitens der Revolutionäre Drohungen ausgedrückt, daß sie, um den Grenzübergang nach Schlesien bei Myslowitz zu sperren, die datselbst befindliche etwa 300 Meter lange Holzbrücke über die Brzenja in die Luft zu sprengen beabsichtigten. Diese Brücke ist bekanntlich neutral und zur Hälfte preussischer Besitz.

Der Mord an dem verstorbenen 2000 Arbeiter. Das verantwortliche Paktowitzer Landrat, die sämtlichen Gendarmen des Kreises hierher zum Grenzschutz zu kommandieren. Der Mord an dem Grenzschutz benachrichtigte die preussische Behörde, daß die Menge die Befestigung des Passages erzwingen wolle. Als die Menge einer Postabteilung anständig wurde, zogen sie mit roten Fahnen nach Sosnowice. 30 Gendarmen blieben stationiert. In Wenzeln wurden 16 Telegraphenstationen umgeföhrt. Noch arbeitende Beamte wurden gewaltsam aus den Bureaus vertrieben. Noch gestern sollte das Wenzelner Gefängnis geschlossen werden.

Auf dem Kirchhofe Jagorze wurden Reden gehalten und die Opfer des Jansinismus gefeiert. Auf dem Kirchhof waren Zelbinnen errichtet. Die Organisationsleiter legten Kränze mit roten Schleifen und Jansinisten nieder. Eine anwesende Postabteilung sah der Demonstration gefassen zu. Abends fand im Sosnowicer Theater eine Arbeitervorstellung statt, wo Reden gehalten und revolutionäre Lieder gesungen wurden. Gelbungen für die Streikenden durch Damen hatten reiche Erträge. Auf den Straßen wurden Salben abgegeben. Die Bahnangestellten beschloßen, weiter zu streiken. Die Streikkomitees beschloßen, die Gefangenen aus dem Wenzelner Gefängnis zu befreien, und forderten zur allgemeinen Bewaffnung auf, um Widerstand zu leisten. Der Generalkommissar ist allgemein.

Die zwischen Sosnowice und Mordzewo gelegene Eisenhütte Buschka, welche noch bis Dienstag Nachmittags im Betriebe war, ist nunmehr auch zur Betriebs Einstellung gezwungen worden, indem am Dienstag gegen 4 Uhr Nachmittags Revolutionäre vor dem Werke aufzogen und dasselbe mittels Dynamitbomben in die Luft zu sprengen drohten, falls der Betrieb nicht sofort eingestellt würde.

An der preussischen Grenze sehen Hunderte, die den Vorgängen blühend das größte Interesse widmen. Die von Sosnowice kommenden werden lebhaft nach den Vorgängen ausgefragt.

Wie nun feststeht, befinden sich in Rußland noch über 800 preussische Eisenbahnwaggons, deren Wagenzettel bereits auf Tausende von Mark beläuft. Man ist gespannt, über die Summe zahlen wird. Die am Montag von Sosnowice nach Paktowitz beförderten 62 Eisenbahnwagen waren größtenteils ihres Inhalts beraubt.

#### Ein neues Fiasko in Sicht.

Die Posener Regierung hat angeblich, nach dem „Dien. Posten“, an die ihr unterstellten Kreis- und Inspektoren eine Verfügung erlassen, die besagt: Bei Wiederaufnahme der ersten Lehrstellen und Hauptlehrerstellen auf dem Lande dürfen Lehrer polnischer Abkunft nicht mehr berücksichtigt werden, auch nicht solche deutsch-katholischen Lehrer, welche die polnische Sprache verstehen.

Jedenfalls können sich die Polen nichts Besseres wünschen, als diese Verfügung, wodurch ihr Weiter kräftig blühen wird. Das offizielle Preußen unter dem nunmehrigen Bülow zeigt sich seiner „Nationalmannischen“ Aufgaben durchaus gewachsen.

**Brieg, 3. November.** Die Beleuchtung der Stadt soll — wie hiesige Blätter melden — in den Hauptstraßen demnächst durch die Einführung von Starkeleuchtentuben eine Verbesserung erfahren. Bereits jetzt sind auf der westlichen Ringseite zu beiden Seiten des Denkmal der gewöhnlichen Laternen durch Leuchtlichte Vogenlampen ersetzt worden. Jede dieser Lampen entwickelt eine Leuchtkraft von 500 Normalkerzen und braucht pro Stunde 580 Liter Gas. Die Leuchtkraft ist dieselbe wie die einer großen elektrischen Vogenlampe, die Betriebskosten jedoch sind wesentlich geringere. Eine elektrische Vogenlampe von 3 Ampere, die überdies immer mit einer zweiten Lampe zusammen brennen muß, um wirtschaftlich zu arbeiten, selbst wenn man nur eine Leuchtquelle braucht, konsumiert 440 Watt und erzeugt dafür durchschnittlich 455 Kerzen Leuchtkraft. Bei einem Strompreise von etwa 50 Pf. für die Kilowattstunde, wie es in kleinen Städten üblich ist, betragen die hiesigen Betriebskosten 22 Pf., bei gleichen Effekten kostet das Leuchtlicht

